

T**DN**

TEAM
DEMOKRATISCH
NEUTRAL
Grundsatzprogramm

Team Demokratisch Neutral (TDN)

INHALTSVERZEICHNIS

1. Vorwort

Vorwort – warum es TDN gibt..... 3

2. Wirtschaft & Arbeit

Wirtschaft – Ausgangslage & Steuerpolitik..... 4

Fachkräftemangel – Zeit zu handeln..... 9

3. Infrastruktur & Mobilität

Infrastruktur & Planung – ausbauen statt aussitzen..... 12

Deutschlandticket – einfach für Fahrgäste, fair für Anbieter..... 15

Sauberkeit und gepflegte Infrastruktur..... 17

4. Soziales, Rente & Gesundheit

Rente & Respekt – Würde im Alter..... 19

Gesundheit & Pflege..... 21

5. Migration, Sicherheit & Staat

Migration – Grundsatz..... 23

Sicherheit im öffentlichen Raum..... 25

Härtere Strafen bei schweren Straftaten..... 30

Wehrpflicht – Qualität statt Zwang..... 31

6. Bildung, Familie & Gesellschaft

Bildung – faire Chancen..... 34

Familie und Kitas – fair und verlässlich..... 39

Gesellschaft & Freiheit..... 42

Sport – unser Standpunkt..... 43

7. Wohnen & Lebensalltag

Wohnen – bezahlbar, planbar, möglich..... 45

8. Staat, Bürokratie & Finanzen

Bürokratieabbau – Alltag erleichtern..... 47

Bund, Länder, Kommunen: Aufgaben und Finanzierung neu ordnen..... 50

Steuergeldverschwendung beenden..... 52

Digitaler Euro & Bargeld..... 54

Gesetzgebung reformieren: verständlich, wirksam, bürgernah..... 57

9. Wirtschaftliche Grundlagen & Versorgung

Landwirtschaft – mehr Respekt..... 59

Energie – der gesunde Mix..... 61

10. Europa & Außenpolitik

Europäische Union – mit klaren Grenzen..... 62

Außenpolitik – Frieden sichern..... 65

11. Abschluss & Maßnahmen

Sofort-Paket – Einmal alles..... 69

Vorwort – warum es TDN gibt

Deutschland kann es besser. Der Alltag ist für viele Menschen zu teuer geworden, die Infrastruktur ist vielerorts überlastet, und zu viele Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen kämpfen mit Bürokratie statt mit klaren Lösungen. Im öffentlichen Raum fühlen sich viele Menschen nicht mehr sicher. Auch Kommunen geraten immer stärker unter Druck: Es fehlt an Geld, Personal und klaren Zuständigkeiten, obwohl die Aufgaben weiter zunehmen. Gleichzeitig wächst der Frust über die Politik: Zu oft werden große Versprechen gemacht, während sich im Alltag zu wenig verbessert.

Wenn diese Entwicklung so weitergeht, sehen wir eine gefährliche Richtung für unser Land. Probleme werden zu lange liegen gelassen, Entscheidungen kommen zu spät oder gehen am Alltag der Menschen vorbei, und das Vertrauen in Politik und Staat nimmt weiter ab. Genau deshalb wurde die Partei Team Demokratisch Neutral (TDN) gegründet.

Unser Ziel ist es, ein neues Gleichgewicht herzustellen: zwischen der bisherigen Politik und einer Partei, die Probleme klar anspricht, ernst nimmt und wirklich lösen will. TDN soll für Bürgerinnen und Bürger eintreten, die sich eine Politik wünschen, die wieder näher am Alltag ist, Verantwortung übernimmt und nicht nur verwaltet, sondern handelt.

Aus dieser Haltung heraus haben wir unser Programm entwickelt. Unser Ziel ist es, eine Partei zu sein, die man ohne Bedenken wählen kann: sachlich, rechtsstaatlich, lösungsorientiert und nah am Alltag der Bürgerinnen und Bürger. Wir bitten Sie deshalb, dieses Programm vollständig zu lesen und das Gesamtbild zu betrachten – nicht einzelne Punkte isoliert, sondern den gemeinsamen Anspruch dahinter zu sehen.

Ehrlich gesagt: Auch wir können nicht alles wissen. Deshalb freuen wir uns über jede Rückmeldung – denn nur gemeinsam können wir Deutschland nach vorne bringen. Kennen Sie ein Problem, das bisher niemand richtig behandelt? Fehlen Ihnen wichtige Themen in unserem Programm? Sehen Sie Punkte, die wir verbessern sollten – oder möchten Sie Lob, Kritik oder eigene Vorschläge einbringen? Dann kontaktieren Sie uns gerne per E-Mail an **probleme@tdn-partei.de** oder klassisch per Brief/Post.

Wirtschaft – Ausgangslage: teuer, überreguliert, aus dem Gleichgewicht

Deutschlands Wirtschaft läuft nicht mehr rund. Preise sind hoch, Energie ist teuer, und viele Betriebe und Bürger haben zusätzlich mit zu vielen Vorschriften und aufwendiger Papierarbeit zu tun, die Zeit kostet und Abläufe verlangsamt.

Viele Menschen haben das Gefühl, sich im Alltag „kaputt zu zahlen“ – und trotzdem kommt zu wenig an. Dieses Gefühl kommt daher, dass Belastungen steigen, aber Löhne, Kaufkraft und Lebensstandard nicht mithalten – und gleichzeitig vieles langsamer, teurer und komplizierter wird. Genau das wollen wir ändern.

Oft wird darauf so reagiert: „Inflationsausgleich“ über den Mindestlohn. Das hilft kurzfristig – löst das Problem aber meist nicht. Denn wenn Löhne steigen, ohne dass Kosten wie Energiepreise, Abgaben und Bürokratie sinken oder Produktivität und Angebot mitwachsen, geraten viele Betriebe unter Druck. Ein Teil dieser Kosten wird weitergegeben – die Preise steigen. Am Ende frisst die Teuerung den Lohnanstieg wieder auf. Für viele bleibt kaum mehr im Portemonnaie – und die nächste Erhöhung steht wieder im Raum. Ein Kreislauf, der Planung erschwert und Kaufkraft schwächt.

Große Unternehmen reagieren bereits: Sie sparen, investieren vorsichtiger, verlagern Standorte oder bauen Stellen ab. Wenn selbst große Betriebe bremsen, hat die gesamte Wirtschaft ein Problem. Für kleine Betriebe ist die Lage oft noch schwieriger: hohe Kosten, teure Energie, komplizierte Regeln und viel Verwaltungsaufwand. Viele geben auf.

Und das sind nicht nur Zahlen – das sind Lebenswerke: die Bäckerei im Viertel, die Werkstatt am Stadtrand, der Familienbetrieb im Ort. Hinter jedem Betrieb steht meist eine Familie – oft über Generationen. Wenn solche Betriebe verschwinden, verliert ein Land nicht nur Umsatz, sondern Struktur, Stabilität und Identität.

Wenn immer mehr kleine und mittlere Anbieter wegfallen, sinkt der Wettbewerb. Wo früher viele konkurrierten, bleiben oft nur wenige übrig. Das bedeutet: weniger Auswahl, mehr Preismacht und steigende Preise

– und häufig sinkt die Qualität, weil überall Kosten gedrückt werden müssen. Für Bürger heißt das am Ende ganz einfach: mehr zahlen, weniger bekommen.

Ein Problem ist auch, wenn deutsche Unternehmen in schwierigen Phasen zunehmend von großen ausländischen Akteuren übernommen werden. Das kann im Einzelfall normal sein – wenn es sich häuft, entsteht jedoch Abhängigkeit: weniger Kontrolle über wichtige Bereiche, geringere Stabilität und mehr Verwundbarkeit in Krisen.

Dazu kommt Stillstand bei der Infrastruktur: Staus, Engpässe, Verspätungen und Ausfälle. Wenn Straßen, Schienen und Brücken nicht zuverlässig funktionieren, wird alles langsamer und teurer – für Pendler, Betriebe und Lieferketten.

Am Ende zeigt sich eine klare Entwicklung: hohe Preise, schwache Kaufkraft, zu viel Bürokratie und zu wenig Wettbewerb. Große bremsen, kleine verschwinden, Betriebe schließen, Abhängigkeiten wachsen – und das Vertrauen sinkt.

Wirtschaft – Steuern runter, Schritt für Schritt (und so, dass es wirkt)

Die TDN setzt auf planbare, schrittweise Steuersenkungen, weil wir die Wirtschaft wieder ins Laufen bringen wollen – nicht mit kurzfristigen Maßnahmen, sondern mit einem System, das Investitionen, Wettbewerb und Kaufkraft stärkt.

Der Kern ist einfach: Ein System mit dauerhaft hohen Abgaben wirkt zunächst wie eine sichere Einnahmequelle für den Staat. In der Praxis zeigt sich jedoch oft ein anderes Bild: Betriebe investieren weniger, manche geben auf, neue entstehen nicht – der Markt wird kleiner. Weniger Betriebe bedeuten weniger Angebot, weniger Wettbewerb und am Ende höhere Preise. Für den Staat heißt das: Er wird abhängig von wenigen großen Zahlern – und damit anfälliger.

Für die Bürger bedeutet das: steigende Belastung, weniger Spielraum im Alltag und für viele ein Leben am Limit.

Wir setzen bewusst einen anderen Weg: Wenn wir Belastungen kontrolliert senken und gleichzeitig Bürokratie abbauen, entsteht wieder Luft für Betriebe. Investitionen werden attraktiver, Gründungen leichter

und Produktion in Deutschland wieder lohnender.

Wichtig ist dabei: nicht abrupt und nicht unkontrolliert. Deshalb erfolgt Entlastung schrittweise und verlässlich, damit sich der Markt anpassen kann und Maßnahmen tatsächlich wirken.

Die Geschwindigkeit dieser Entlastung orientiert sich an der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung. Ziel ist es, den Effekt so zu steuern, dass Entlastungen nicht verpuffen, sondern spürbar bei den Bürgern und Betrieben ankommen und ihre volle Wirkung entfalten.

So stellen wir sicher, dass der Übergang stabil bleibt und öffentliche Aufgaben weiterhin finanziert werden können.

Der notwendige Spielraum entsteht nicht durch neue Schulden, sondern durch eine klare Priorisierung staatlicher Ausgaben, mehr Effizienz und den konsequenten Umgang mit bestehenden Mitteln.

Wir setzen dabei einen klaren Schwerpunkt auf Investitionen im eigenen Land. Staatliche Mittel werden gezielt dort eingesetzt, wo sie direkt Wirkung entfalten: in Infrastruktur, Wirtschaft, Bildung und Versorgung. Gleichzeitig werden unnötige Ausgaben reduziert und Mittel effizienter genutzt, sodass Entlastung möglich wird, ohne zentrale Leistungen zu schwächen.

Dazu gehört:

- der gezielte Abbau unnötiger Bürokratie, die Zeit, Geld und Ressourcen bindet und Unternehmen sowie Bürger entlastet,
- die konsequente Vermeidung von Steuergeldverschwendung durch bessere Planung und klare Priorisierung staatlicher Projekte,
- ein übersichtlicheres und besser abgestimmtes Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen mit klaren Zuständigkeiten statt Doppelstrukturen,
- sowie ein klarer Investitionsschwerpunkt im eigenen Land, um Wachstum, Versorgung und wirtschaftliche Stabilität nachhaltig zu sichern.

Ein funktionierender Staat bedeutet auch funktionierende Infrastruktur: verlässliche Verkehrswege, stabile Energieversorgung und Strukturen, die nicht bremsen, sondern ermöglichen. Wenn hier gezielt investiert

wird, profitieren Unternehmen, Beschäftigte und Bürger gleichermaßen.

Das zugrunde liegende Prinzip ist klar:

Ein dauerhaft hoher Steuersatz kann kurzfristig hohe Einnahmen erzeugen, schwächt aber oft die wirtschaftliche Aktivität. Weniger Investitionen, weniger Gründungen und weniger Wettbewerb führen langfristig zu einem kleineren Markt und damit zu unsichereren Einnahmen.

Ein geringerer Steuersatz hingegen wird – bei richtiger Anwendung – die wirtschaftliche Aktivität stärken. Unternehmen investieren mehr, wachsen stärker und schaffen neue Arbeitsplätze. Vor allem entstehen wieder mehr neue Unternehmen. Dadurch entstehen mehr Umsatz, mehr Aufträge und mehr wirtschaftliche Dynamik.

Ein System mit geringerer Belastung, klaren Regeln, effizientem Staat und funktionierender Infrastruktur schafft mehr wirtschaftliche Aktivität, mehr Wettbewerb und stabilere Preise. Mehr Unternehmen, höhere Investitionen und steigende Kaufkraft führen zu mehr Umsatz in der gesamten Wirtschaft. Dadurch verbreitert sich die wirtschaftliche Basis – und es entstehen insgesamt höhere und stabilere Staatseinnahmen, auch bei niedrigeren Steuersätzen, als es in einem überlasteten System mit hohen Abgaben der Fall wäre. Wenn dieses System konsequent und richtig umgesetzt wird, kann es langfristig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Gesamteinnahmen eines Systems mit dauerhaft hohen Steuersätzen deutlich übertreffen.

Ein solches System stärkt nicht nur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sondern verbessert auch die Lebensrealität vieler Menschen – durch mehr Stabilität, mehr Planbarkeit und langfristig wieder bezahlbare Preise. Wenn wirtschaftliche Stärke, effiziente staatliche Strukturen und verlässliche Rahmenbedingungen zusammenspielen, entsteht ein Umfeld, in dem sich Arbeit wieder lohnt, Unternehmen wachsen können und der Alltag für Bürger und Bürgerinnen wieder berechenbarer wird.

Es entsteht ein System, das nicht belastet, sondern trägt – mit mehr Sicherheit im Alltag, weniger finanziellen Sorgen und einer Perspektive, die wieder Vertrauen schafft. Bürger und Bürgerinnen können wieder mit Zuversicht in die Zukunft blicken, ohne ständig Angst vor steigenden Kosten oder unsicheren Verhältnissen haben zu müssen. Gleichzeitig

wächst wieder ein Gefühl von Stabilität und Wohlstand im eigenen Land.

Doch das allein reicht nicht aus. Erst wenn auch weitere zentrale politische Bereiche richtig gestaltet und angepasst werden, kann ein stabiles Fundament entstehen, das Deutschland langfristig wieder auf den richtigen Kurs bringt und dafür sorgt, dass sich Bürger und Bürgerinnen wieder sicher und wohl in ihrem Alltag fühlen.

Fachkräftemangel in den wichtigsten Bereichen – Zeit zu handeln

In Deutschland ist es längst keine Neuheit mehr, dass in den wichtigsten Bereichen ein massiver Fachkräftemangel herrscht – zum Beispiel in der Medizin, in der Pflege und im Bildungswesen. Die Folgen spürt man schon lange im Alltag: In Arztpraxen fehlt Zeit, und aus einem „kurz mal abklären“ wird oft monatelanges Warten. Besonders dramatisch ist die Lage in Krankenhäusern. Wenn Stationen unterbesetzt sind, läuft vieles nur noch im Notbetrieb. Dann fehlt Personal für gründliche Betreuung, für funktionierende Abläufe und vor allem für Sicherheit. Patientinnen und Patienten bekommen dadurch nicht mehr überall die Versorgung, die eigentlich selbstverständlich und in vielen Fällen lebensnotwendig sein sollte.

Besonders deutlich zeigt sich die Überlastung auch in den Notaufnahmen: Dort warten Menschen inzwischen teilweise stundenlang, teils bis zu sieben Stunden oder sogar länger, weil schlicht zu wenig Personal da ist und die Kliniken an ihre Grenzen kommen. Wer Hilfe braucht, darf nicht erst über Stunden ausharren müssen, weil ein überlastetes System kaum noch hinterherkommt. Das ist kein Zustand, den wir akzeptieren.

In der Pflege ist die Situation noch härter, weil die wenigen, die noch da sind, immer mehr auffangen müssen: zu viele Menschen, zu wenig Personal, zu wenig Pausen. Das führt zu Dauerstress, Frust und dazu, dass noch mehr Fachkräfte aussteigen – ein Kreislauf, der die Versorgung immer weiter schwächt. Gerade ältere Menschen, die auf Hilfe, Betreuung und menschliche Zuwendung angewiesen sind, leiden am Ende am meisten darunter.

Und auch in den Schulen merkt man die Folgen deutlich: Unterricht fällt aus, Vertretungen werden zum Normalzustand und Kinder bekommen nicht mehr die Unterstützung, die sie eigentlich brauchen. Statt verlässlichem Lernen entstehen immer häufiger Lücken, die sich später nur schwer schließen lassen. Am Ende hängt Bildung zu sehr davon ab, ob gerade genug Personal da ist. Bildung darf aber nicht daran scheitern, dass Fachkräfte fehlen – denn jedes Kind in Deutschland hat ein Recht auf verlässliche Bildung, und ohne gute Bildung ist die Zukunft

unseres Landes nicht gesichert.

Unser Ansatz ist klar: Wenn das System nicht mehr funktioniert, muss der Staat gezielt eingreifen. Wir als TDN setzen darauf, die entscheidenden Bereiche wieder zu stärken – nicht mit kurzfristigen Maßnahmen, sondern mit nachhaltigen Verbesserungen.

Der Staat muss gezielt Geld in die Hand nehmen, damit diese Ausbildungen wieder attraktiver werden – mit starken Zuschüssen, klaren Perspektiven und echter Unterstützung. Wer sich für Pflege, Medizin oder Bildung entscheidet, muss wieder gute Bedingungen, faire Bezahlung und verlässliche Strukturen vorfinden – nicht Überlastung und Dauerstress. So können sich wieder mehr Menschen für diese Berufe entscheiden, und die Lücken werden dort geschlossen, wo es am dringendsten ist.

Doch damit allein ist es nicht getan. Es braucht nicht nur mehr Fachkräfte, sondern auch bessere Rahmenbedingungen. Deshalb investieren wir gezielt in Pflegeheime und Krankenhäuser. Viele Einrichtungen sind in einem veralteten Zustand. An vielen Stellen fehlt es an moderner Ausstattung, an guter Infrastruktur und an Bedingungen, die sowohl für die Beschäftigten als auch für die Menschen vor Ort würdig und sicher sind. Das werden wir gezielt und konsequent ändern.

Denn in Pflegeheimen geht es um die Würde im Alter. Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und unser Land mit aufgebaut haben, verdienen im Alter Respekt, Fürsorge und eine Umgebung, in der sie gut und menschlich versorgt werden. Und bei Krankenhäusern geht es nicht um irgendeinen Bereich – dort geht es um Menschenleben. Wenn Technik veraltet ist, Räume nicht ausreichend ausgestattet sind und Personal unter schlechten Bedingungen arbeiten muss, dann gefährdet das am Ende die Versorgung und die Sicherheit der Patientinnen und Patienten.

Unser Anspruch ist eindeutig: Wir beenden den Dauerzustand von Personalmangel, Überlastung und veralteten Strukturen. Wir sorgen dafür, dass diese Berufe wieder attraktiv werden, Einrichtungen modern ausgestattet sind und Menschen die Versorgung erhalten, die sie verdienen.

Deshalb reicht es nicht, nur neue Fachkräfte zu gewinnen. Wir müssen

die Arbeitsbedingungen grundlegend verbessern, damit die Menschen, die heute schon in diesen Berufen arbeiten, nicht weiter an ihre Belastungsgrenzen gebracht werden. Wer täglich unter Personalmangel, Zeitdruck und schlechten Strukturen arbeitet, darf nicht allein gelassen werden. Wir sorgen für echte Entlastung im Alltag, bessere Organisation und ausreichend Personal – damit Arbeit in Pflege, Medizin und Bildung wieder leistbar wird und nicht krank macht.

Gleichzeitig ist klar: Entlastung entsteht nicht nur im Job, sondern auch im Leben drumherum. Bezahlbare Lebenshaltungskosten, verlässliche Energiepreise, ein faires Steuersystem und mehr Übersicht im gesamten System sind die Grundlage dafür, dass Bürgerinnen und Bürger wieder planen können und mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Dafür setzen wir uns ein.

Deshalb fordern wir als TDN: Mehr Investitionen, mehr Unterstützung und endlich entschlossenes Handeln. Deutschland darf in so entscheidenden Bereichen nicht weiter sparen. Wer Pflege, Gesundheit und Bildung vernachlässigt, gefährdet nicht nur die Gegenwart – sondern die Zukunft unseres Landes.

Infrastruktur & Planung – ausbauen statt aussitzen

Wir als TDN setzen auf einen konsequenten landesweiten Infrastrukturausbau. Deutschland hat kein Erkenntnisproblem – die Probleme sind längst sichtbar: marode Brücken, überlastete Schienen, unzuverlässiger Bahnverkehr und tägliche Staus auf wichtigen Verkehrsachsen. Das kostet Zeit, belastet den Alltag und schwächt unsere Wirtschaft.

Das eigentliche Problem liegt in der Umsetzung. Projekte dauern nicht deshalb so lange, weil sie kompliziert sind – sondern weil die Abläufe nicht funktionieren. Verfahren sind überladen, Zuständigkeiten unklar und Entscheidungen ziehen sich unnötig in die Länge. Oft wird mehrfach geprüft, parallel nicht gearbeitet und selbst einfache Maßnahmen werden durch ein System aus Vorschriften ausgebremst. Genau das führt dazu, dass Projekte am Ende nur schleppend oder gar nicht umgesetzt werden.

Für uns ist klar: Dieses Problem wird nicht länger hinausgezögert – es wird gelöst. Deshalb gilt für uns: ausbauen statt aussitzen. Wir setzen genau dort an, wo es heute hakt: bei Planung, Genehmigung und Umsetzung. Verfahren werden vereinfacht, unnötige Prüfungen reduziert und klare Fristen eingeführt. Entscheidungen müssen verbindlich getroffen werden – nicht offen bleiben oder ständig verschoben werden. Projekte werden von Anfang an so organisiert, dass sie umgesetzt und fertiggestellt werden. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass Investitionen nicht nur beschlossen, sondern auch tatsächlich umgesetzt werden. Geld darf nicht in endlosen Planungsphasen gebunden sein, während vor Ort nichts passiert. Wer investiert, muss auch bauen – konsequent, planbar und ohne Stillstand.

Gleichzeitig bauen wir gezielt das aus, was im Alltag wirklich gebraucht wird: das Schienennetz wird erweitert, Engpässe beseitigt und zentrale Knotenpunkte gestärkt, damit ein verlässlicher und pünktlicher Bahnverkehr möglich wird. Straßen und Autobahnen werden dort ausgebaut, wo es regelmäßig zu Überlastung kommt – Engstellen werden beseitigt, marode Abschnitte schneller saniert und stark belastete Strecken erweitert, damit der Verkehr wieder fließt und planbar wird.

Auch der Ausbau von Fahrradwegen gehört dazu. Viele kennen die Situation: Man fährt eine Strecke oder macht eine Fahrradtour – und plötzlich führt der Weg auf eine Bundesstraße, auf der Autos mit hoher Geschwindigkeit unterwegs sind, ohne ausreichenden Schutz. Dadurch entstehen gefährliche Situationen und es kommt immer wieder zu vermeidbaren Unfällen. Gut ausgebaute, sichere Fahrradwege sind das, was man in einem funktionierenden Land voraussetzen sollte. Deshalb setzen wir auf durchgängige, baulich getrennte und alltagstaugliche Radwege.

Bei Brücken beenden wir den Stillstand. Statt langwieriger Einzelplanungen setzen wir auf vorgeprüfte Standardlösungen mit klaren Bauabläufen. Wenn eine Brücke ausfällt, wird nicht diskutiert, sondern gehandelt und zügig neu gebaut.

Unser Ansatz ist klar: Ausbau und Umsetzung gehören zusammen. Weniger Bürokratie, klare Verantwortung und verbindliche Abläufe sorgen dafür, dass Projekte nicht mehr verzögert werden. Denn Infrastruktur entscheidet darüber, ob ein Land im Alltag funktioniert – ob Menschen pünktlich ankommen, Unternehmen zuverlässig arbeiten können und Regionen verbunden bleiben.

Unser Ziel ist eine Infrastruktur, auf die man sich wieder verlassen kann – im Alltag, im Beruf und für die Zukunft unseres Landes. Denn Infrastruktur entscheidet nicht nur über Wege und Verbindungen, sondern darüber, ob ein Land funktioniert: ob Menschen pünktlich zur Arbeit kommen, ob Unternehmen zuverlässig arbeiten können und ob Regionen verbunden bleiben. Wenn Wege unzuverlässig werden, entsteht nicht nur Zeitverlust, sondern auch Frust im Alltag – und genau das darf kein Dauerzustand sein. Ein Land wie Deutschland darf hier keinen Stillstand akzeptieren. Wir werden dieses Problem nicht verwalten – wir werden es lösen.

Länder schaffen vergleichbare Projekte in einem Jahr – und wir brauchen zehn Jahre für dasselbe. Nicht, weil es unmöglich wäre – sondern weil wir uns selbst blockieren. Jede Verzögerung treibt die Kosten hoch, verschärft Wohnungsnot, bremst Investitionen und macht die Menschen zurecht wütend.

Darum fordern wir: **Deutschland muss wieder handlungsfähig werden.**

- **Klare Fristen** statt endloser Verfahren.
- **Klare Zuständigkeiten** statt Behörden-Pingpong.
- **Einheitliche Regeln und Verfahren** statt Flickenteppich – gerade für Unternehmen.
- **Weg mit unnötigen Vorschriften**, die niemandem helfen und nur den Alltag erschweren.
- **Wir wollen Regeln mit Augenmaß: verständlich, praxistauglich und ohne unnötige Belastung für Bürger, Betriebe und Kommunen.**

Bürokratieabbau heißt für uns: **Mehr Vertrauen in die Menschen, mehr Tempo bei Entscheidungen und mehr Wirkung für jeden Euro Steuergeld.** Wir wollen keinen Staat, der sich in Akten verliert – wir wollen einen Staat, der Probleme löst.

Am Ende geht es um etwas ganz Einfaches: **Zeit, Würde und Fairness.** Es ist euer Alltag. Es ist euer Geld. Und es ist euer Recht, dass Dinge funktionieren. **Es muss wieder mit klarem Menschenverstand an die Sache herangegangen werden – damit Bürgerinnen und Bürger, Unternehmerinnen und Unternehmer und unsere Kommunen endlich wieder Ruhe haben, planen können und sich auf das Wesentliche konzentrieren dürfen: Leben, Arbeiten und Zukunft.**

Deutschlandticket erhalten – und fair für alle umsetzen (TDN)

Die TDN steht klar für den Erhalt des Deutschlandtickets. Das Deutschlandticket ist ein großer Fortschritt: **ein Ticket, landesweit gültig**, ohne dass man sich vorher durch zig Gebietstarife und Tarifzonen kämpfen muss. Es ist **extrem praktisch**, stärkt den Umstieg auf Bus und Bahn und macht Mobilität **einfacher und bezahlbarer**. Ebenso stärkt es den Umweltaspekt: **Mehr Menschen nutzen Bus und Bahn**.

Damit das Deutschlandticket langfristig erfolgreich bleibt, muss seine Umsetzung **fair und verlässlich finanziert** werden. Aber das Ganze hat auch einen Nachteil: Früher konnten viele regionale Verkehrsunternehmen einen großen Teil ihrer Einnahmen über **eigene Tickets und Tarife** erzielen. Damit haben sie sich zu einem großen Teil **selbst finanziert**, Geld verdient und konnten ihren Betrieb **stabil halten und weiter ausbauen** – zum Beispiel durch bessere Takte, neue Fahrzeuge oder zusätzliche Verbindungen.

Heute müssen viele Unternehmen das Deutschlandticket anerkennen und anbieten, oft weil es über Verkehrsverträge, Verbundregeln oder Förderbedingungen faktisch vorausgesetzt wird. Das ist grundsätzlich richtig, damit das Ticket überall funktioniert – **doch in der aktuellen Umsetzung ist es bereits so, dass viele kleinere Verkehrsunternehmen finanziell unter Druck geraten, klagen und teils sogar von Insolvenz bedroht sind**, weil die Einnahmenverteilung und Ausgleichszahlungen nicht immer die tatsächlichen Kosten und Leistungen vor Ort abbilden. Gerade sie haben **weniger Rücklagen und weniger Spielraum** – und können sich dann schwerer „über Wasser halten“, obwohl sie den Nahverkehr in ihrer Region **zuverlässig und mit großem Einsatz täglich sicherstellen**.

Das darf nicht dazu führen, dass Angebote gekürzt werden oder regionale Linien wegfallen. Deshalb setzt sich die TDN klar für den Erhalt des Deutschlandtickets ein – mit **gezielten Verbesserungen**:

Schutz für finanzschwächere Unternehmen: Entstehen nachweislich Mindereinnahmen, braucht es einen **schnellen, unbürokratischen Ausgleich**, damit der Betrieb gesichert bleibt.

Erneute Finanzierungsprüfung auf Antrag: Betroffene Unternehmen sollen eine **kurzfristige Nachprüfung der Finanzierung** beantragen können, wenn die aktuelle Einnahmenverteilung erkennbar **nicht zur tatsächlichen Situation vor Ort passt** und dadurch ein finanzielles Ungleichgewicht entsteht.

Faire und transparente Einnahmenverteilung: Die Mittel müssen **dort ankommen, wo die Fahrten tatsächlich stattfinden** – also bei den Unternehmen, die den Nahverkehr vor Ort leisten.

So bleibt das Deutschlandticket **einfach, bezahlbar und alltagstauglich** – und stärkt den ÖPNV **in allen Regionen**.

Sauberkeit und gepflegte Infrastruktur im öffentlichen Raum

Sauberkeit ist kein Luxus und keine Nebensache. Saubere Straßen, gepflegte Plätze und ordentliche Bahnhöfe entscheiden darüber, wie Menschen ihren Alltag erleben: ob man sich wohlfühlt, ob man gern unterwegs ist und ob öffentliche Orte respektvoll wirken. Wenn der öffentliche Raum verwahrlost, fühlen sich viele automatisch unsicherer, meiden bestimmte Orte und verlieren Vertrauen darin, dass Verantwortung übernommen wird. Genau das wollen wir als TDN ändern.

Wir stehen dafür, dass Sauberkeit in der Öffentlichkeit wieder sichtbar wird – durch regelmäßige Reinigung, klare Zuständigkeiten und echte Investitionen. Unser Ziel sind saubere Straßen und gepflegte Wege, damit Müll und Dreck nicht zum „Normalzustand“ werden. Das gilt besonders für Orte, an denen viele Menschen täglich vorbeikommen: Unterführungen, Haltestellen, Plätze, stark frequentierte Straßen und Fußwege. Öffentliche Sauberkeit muss planbar organisiert sein und darf nicht erst dann passieren, wenn es schon zu spät ist.

Genauso wichtig sind Bahnhöfe. Bahnhöfe sind für viele Menschen ein täglicher Aufenthaltsort und oft der erste Eindruck einer Stadt. Wer ankommt, soll nicht in Schmutz, Gestank oder kaputten Ecken landen. Darum fordert die TDN, dass in Bahnhöfe und ihre Ausstattung besser investiert wird: in zuverlässige Reinigung, gepflegte Wartebereiche, saubere Treppen und Unterführungen und in eine Infrastruktur, die nicht nur „irgendwie“ funktioniert, sondern dauerhaft in Ordnung ist. Sauberkeit muss dort sichtbar sein, wo Menschen warten, umsteigen und täglich unterwegs sind.

Ein besonders konkretes Thema, das wirklich jeder kennt – und das viel zu lange ignoriert wird – sind Toiletten. Toiletten sind Grundversorgung, im Bahnhof genauso wie an Autobahnen und Rastplätzen. **Wer kennt es nicht:** Man ist mit dem Auto unterwegs, vielleicht mit Kindern, vielleicht nach Stunden Fahrt, man fährt endlich auf eine Raststätte – und dann kommt der Schock. Der Boden ist nass und dreckig, es stinkt, Seife fehlt, Papier ist leer, Türen sind kaputt oder lassen sich nicht richtig schließen, und man fragt sich nur: *Wie kann das in einem Land wie Deutschland normal sein?* Für viele ist das nicht nur unangenehm,

sondern ein echter Horror-Moment – besonders für Familien, ältere Menschen oder Personen, die dringend müssen.

Das darf nicht der Standard sein. Wir wollen, dass Toiletten **rein, sicher, gut ausgestattet und sauber** sind: regelmäßig gereinigt, gut beleuchtet, barrierefrei und so organisiert, dass sie zuverlässig nutzbar bleiben. Wer reist, wer pendelt oder wer einfach unterwegs ist, braucht funktionierende Sanitäreanlagen – nicht irgendwann, nicht „wenn’s passt“, sondern immer. Punkt.

Unser Grundsatz lautet: **Investitionen statt Ausreden**. Sauberkeit darf nicht an Budget oder Zuständigkeit scheitern – sie muss fest eingeplant, finanziert und kontrolliert werden. Wir nutzen Steuergelder für sinnvolle Punkte, die den Alltag der Menschen direkt verbessern: gepflegte öffentliche Räume, saubere Bahnhöfe und eine Infrastruktur, auf die man sich verlassen kann.

Unser Ziel ist es, dass man sich in diesem Land wieder wohlfühlt. Und das sollte in einem Land wie Deutschland eigentlich selbstverständlich sein. Aber das passiert nicht von allein: Es geht nur, wenn man Probleme ehrlich anspricht, Verantwortung übernimmt und **mit Biss dranbleibt** – nicht nur ankündigen, sondern durchziehen und sich durchsetzen!

Rente & Respekt – Würde im Alter, nicht Flaschen sammeln

Die Lage ist klar: In Deutschland darf es nicht normal sein, dass ältere Menschen Pfandflaschen sammeln müssen, weil die Rente nicht reicht. Das ist nicht würdig – und nicht fair.

Wer dieses Land über Jahrzehnte mit aufgebaut, gearbeitet und eingezahlt hat, muss im Alter ohne finanzielle Sorgen leben können. Ein Ruhestand darf nicht aus ständigem Rechnen bestehen. Wer sein Leben lang Verantwortung getragen hat, darf nicht am Monatsende überlegen müssen, ob es reicht.

Unser Standpunkt ist unmissverständlich: Wer lange gearbeitet und eingezahlt hat, muss eine verlässliche und angemessene Rente erhalten.

Für uns geht es dabei um Respekt vor Lebensleistung. Viele Menschen haben Deutschland getragen – im Handwerk, in der Industrie, in Pflege und Verkauf, in Betrieben, auf Baustellen, in Verwaltung und Familie. Diese Menschen haben ihren Teil geleistet. Ihre Leistung darf im Alter nicht in Unsicherheit enden.

Gleichzeitig gilt: Ein fairer Staat muss auch menschlich bleiben. Krankheit, Unfall oder schwierige Lebensumstände dürfen niemanden ins Abseits drängen. Würde im Alter muss für alle gelten.

Wir wollen die Rente wieder stärker an der Lebensleistung ausrichten und im Alltag spürbar verbessern. Dazu gehören bessere Absicherung für Menschen mit langen Beitragszeiten, die Abschaffung ungerechter Doppelbesteuerung, höhere Freibeträge sowie klare und nachvollziehbare Regeln.

Wer im Ruhestand freiwillig weiterarbeiten möchte, soll das unkompliziert tun können – ohne unnötige Abzüge und ohne komplizierte Anrechnung. Arbeit im Alter darf eine Möglichkeit sein, aber kein Zwang aus finanzieller Not.

Gleichzeitig machen wir das System einfacher: weniger Bürokratie, verständliche Bescheide und klare Zuständigkeiten. Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, soll im Alter nicht an Formularen, Warteschleifen und unverständlichen Schreiben scheitern.

Unser Ziel ist klar: Die Rente muss die laufenden Kosten im Alltag zuverlässig decken – Wohnen, Lebensmittel und Gesundheit. Und sie

muss so ausgestaltet sein, dass am Monatsende nicht nur das Nötigste bleibt, sondern ein spürbares Maß an Sicherheit.

Rentenpolitik muss generationenweit fair sein. Wir setzen uns daher für eine generationsübergreifende und langfristig stabile Lösung ein:

Respekt und Sicherheit im Alter müssen ein verlässlicher Anspruch für alle sein, die über viele Jahre gearbeitet und eingezahlt haben. Gleichzeitig muss der Staat sicherstellen, dass dieses Versprechen dauerhaft tragfähig bleibt.

So entsteht ein System, das Vertrauen schafft und über Generationen hinweg verlässlich funktioniert.

Gesundheit & Pflege

Gesundheit darf in Deutschland keine Frage von Wohnort, Geldbeutel oder Geduld sein. Wer krank ist, braucht **schnelle Hilfe, gute Versorgung und ein System, auf das man sich verlassen kann.** Es kann nicht sein, dass Menschen monatelang auf Arzttermine warten, viele Hausarztpraxen seit Jahren am Limit arbeiten und Notaufnahmen so überlastet sind, dass Betroffene dort stundenlang auf Behandlung warten müssen. **Das ist kein Zustand, an den wir uns gewöhnen dürfen.**

Wir wollen **den Zugang zur medizinischen Versorgung spürbar verbessern.** Dazu gehören **schnellere Arzttermine, eine stärkere hausärztliche Versorgung und eine echte Entlastung von Krankenhäusern und Notaufnahmen.** Gerade Hausärzte sind für viele Menschen die erste und wichtigste Anlaufstelle. **Sie brauchen mehr Unterstützung und bessere Bedingungen, damit wieder mehr Zeit für Patientinnen und Patienten bleibt.**

Auch unsere Krankenhäuser müssen wieder stärker auf **gute Versorgung statt auf ständigen Mangel** ausgerichtet werden. Sie brauchen **eine bessere Ausstattung, moderne Arbeitsbedingungen und die Sicherheit, dass medizinische Hilfe in Stadt und Land verlässlich erreichbar bleibt.** Dort, wo es um Menschenleben geht, darf nicht an der falschen Stelle gespart werden.

Pflege und Alter verdienen in unserem Land mehr Respekt, mehr Unterstützung und mehr Menschlichkeit. Ältere Menschen müssen sich darauf verlassen können, **gut versorgt zu sein und in einer Umgebung von Sicherheit und Würde leben zu können.** Wer pflegebedürftig ist oder Unterstützung im Alltag braucht, darf nicht mit **langen Wegen, komplizierten Anträgen und finanziellen Sorgen** allein gelassen werden.

Wir wollen **Pflege im Alter bezahlbarer, verlässlicher und menschlicher machen.** Pflegebedürftige, ihre Familien und pflegenden Angehörigen brauchen **mehr Unterstützung und weniger Hürden im Alltag.** Wir fordern **besser ausgestattete, moderne und verlässliche Pflegeeinrichtungen** sowie **den Ausbau von Pflegeheimen dort, wo**

Plätze fehlen oder die Versorgung nicht mehr ausreicht. Für pflegebedürftige Menschen in Pflegeheimen wollen wir **den Lebensstandard spürbar verbessern.** Dazu gehören **menschenwürdige Bedingungen, warme und intakte Räume, eine verlässliche Versorgung ohne bauliche Mängel sowie gutes und gesundes Essen.** Es darf nicht sein, dass ältere Menschen in kalten Zimmern leben, unter undichten Dächern leiden oder bei der Ernährung auf das Nötigste reduziert werden. **Wer im Alter auf Pflege angewiesen ist, hat ein Recht auf Würde, Sicherheit und eine Umgebung, in der man anständig leben kann.** Gleichzeitig wollen wir **Pflegekräfte stärken,** damit gute Pflege nicht an **Überlastung, Personalmangel oder fehlender Anerkennung** scheitert.

Unser Ziel ist klar: ein Gesundheitssystem, das schneller hilft, besser versorgt und die Menschen mit ihren Sorgen nicht allein lässt — und eine Politik für ältere Menschen, die Respekt nicht nur verspricht, sondern im Alltag spürbar macht.

Migration – klar geregelt, fair und konsequent

Migration muss geordnet und nachvollziehbar sein – im Interesse der Menschen, die hier leben, und derjenigen, die zu uns kommen, um zu arbeiten und sich etwas aufzubauen. Ein funktionierendes System braucht klare Regeln und die konsequente Umsetzung dieser Regeln.

Unser Grundsatz ist einfach: Wer nach Deutschland kommt, arbeitet, sich integriert und die Regeln respektiert, soll eine echte Perspektive bekommen. Wer jedoch Straftaten begeht oder dauerhaft gegen grundlegende Regeln verstößt, kann kein dauerhaftes Bleiberecht erwarten.

Migration kann nur funktionieren, wenn Integration von Anfang an gelingt. Deshalb setzen wir darauf, dass Menschen frühzeitig Zugang zu Arbeit oder Qualifizierung erhalten. Arbeit ist dabei nicht nur ein Ziel, sondern eine zentrale Voraussetzung für langfristige Perspektiven.

Wer mitarbeitet und sich integriert, soll Sicherheit und Chancen bekommen. Wer sich dauerhaft verweigert und zumutbare Wege ablehnt, kann nicht dauerhaft im System bleiben. Ein dauerhafter Bezug staatlicher Leistungen ohne Bereitschaft zur Integration und Mitwirkung darf kein tragfähiges Modell sein und muss entsprechend konsequent behandelt werden.

Ein großes Problem ist, dass vorhandene Qualifikationen oft nicht genutzt werden können, weil Verfahren zu lange dauern oder unnötig kompliziert sind. Das ändern wir: Wer nachweislich über die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügt und die entsprechenden Standards erfüllt, soll schneller die Möglichkeit erhalten, an Prüfungen teilzunehmen und seine Qualifikation anerkennen zu lassen. Statt jahrelanger Verfahren setzen wir auf zügige Prüfung, klare Kriterien und einen direkten Zugang in den Beruf, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Das ist effizient, fair und hilft gleichzeitig, Fachkräfteengpässe zu reduzieren.

Migration muss so gestaltet sein, dass sie Integration fördert und Fehlanreize vermeidet. Wer sich integriert, arbeitet und Verantwortung übernimmt, erhält Perspektiven. Wer grundlegende Pflichten dauerhaft verweigert, kann kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erwarten.

Deutschland muss ein Land bleiben, in dem Recht und Ordnung gelten. Wer schwere Straftaten begeht – insbesondere Gewalt- oder

Sexualdelikte – soll nach rechtskräftiger Verurteilung schneller und konsequent zurückgeführt werden. Das geschieht rechtsstaatlich, klar und ohne unnötige Verzögerungen.

Ebenso ist klar: Wer hier lebt, hat die grundlegenden Werte und Regeln unseres Zusammenlebens zu respektieren.

Unser Ziel ist ein System, das Migration wieder steuerbar, fair und verlässlich macht – ein System, das Integration ermöglicht, Leistung anerkennt und gleichzeitig klare Grenzen setzt. Perspektiven für diejenigen, die mitarbeiten und Verantwortung übernehmen – und klare Konsequenzen für diejenigen, die Regeln dauerhaft missachten.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Öffentliche Räume sind das Rückgrat des Alltags in Deutschland. Bahnhöfe, Züge, Straßen, Plätze und Haltestellen sind Orte, an denen täglich Millionen Menschen unterwegs sind – auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule, nach Hause oder auf Reisen.

Genau dort muss ein klarer Grundsatz gelten:

Sicherheit muss jederzeit gewährleistet sein – sichtbar, verlässlich und ohne Hürden erreichbar.

Gleichzeitig zeigt die aktuelle Entwicklung ein deutliches Bild:

Gewalttaten im öffentlichen Raum – darunter auch schwere Übergriffe wie Messerangriffe, Bedrohungen und körperliche Gewalt – treten zunehmend häufiger auf und prägen das Sicherheitsgefühl vieler Menschen im Alltag.

Das betrifft nicht nur einzelne Orte, sondern große Teile des öffentlichen Lebens:

Bahnhöfe, Züge, Innenstädte, Haltestellen und Übergangsbereiche.

Die Folgen sind im Alltag klar spürbar:

Menschen passen ihr Verhalten an, meiden bestimmte Orte, sind vorsichtiger unterwegs oder fühlen sich insbesondere zu bestimmten Zeiten unsicher.

Und es geht noch weiter:

Für viele Familien stellt sich zunehmend die Frage, ob Kinder noch unbeschwert draußen spielen können. Eltern überlegen genauer, wo sich ihre Kinder aufhalten und wie sicher ihr Umfeld wirklich ist.

Auch der Weg zur Schule, der tägliche Arbeitsweg oder das Unterwegssein in größeren Städten wird von vielen nicht mehr als selbstverständlich sicher wahrgenommen, sondern zunehmend als Situation, in der man aufmerksam sein muss.

Und das sagen wir als TDN klar: Das darf in einem Land wie

Deutschland nicht zum Normalzustand werden. Das haben unsere Bürgerinnen und Bürger nicht verdient.

Unser Ansatz: Sicherheit wieder verlässlich machen

Sicherheit entsteht nicht von allein. Sie entsteht durch klare Strukturen, funktionierende Abläufe und einen Staat, der Verantwortung übernimmt.

Unser Ziel ist klar:

Der öffentliche Raum – insbesondere Bahnhöfe und der Bahnverkehr – muss wieder ein Ort sein, an dem man sich selbstverständlich sicher bewegen kann.

Dafür setzen wir als TDN auf konkrete Maßnahmen, die ineinandergreifen und im Alltag wirken.

1) Schluss mit App-Chaos: eine bundesweite Sicherheits-App als Standard an großen Bahnhöfen

In den letzten Jahren gab es immer wieder einzelne Lösungen und Pilotprojekte, bei denen man per App unauffällig Hilfe rufen konnte. Die Idee ist richtig: In einer Gefahrensituation muss Hilfe schnell, direkt und ohne Umwege erreichbar sein.

Das Problem ist die bisherige Umsetzung.

Viele dieser Lösungen sind nur regional verfügbar, zeitlich begrenzt oder abhängig von einzelnen Projekten. Sobald Zuständigkeiten unklar sind oder die Finanzierung endet, verschwindet das System wieder – obwohl das Sicherheitsproblem bestehen bleibt.

Sicherheit darf kein Projekt auf Zeit sein.

Deshalb fordert die TDN eine bundesweite Sicherheits-App als verbindlichen Mindeststandard an allen großen Bahnhöfen sowie im gesamten Bahnverkehr.

Das bedeutet:

Die Bereitstellung dieser App ist verpflichtend für Bahn und zuständige Sicherheitsstellen. Die Nutzung bleibt freiwillig für Bürgerinnen und Bürger. Niemand muss eine App installieren – aber jeder soll im Ernstfall

darauf zugreifen können.

Die App muss einen schnellen Hilferuf mit einem Klick ermöglichen, diskret funktionieren ohne Telefonat, automatisch den Standort übermitteln und den Alarm direkt an die zuständige Stelle weiterleiten. Gleichzeitig muss sie barrierefrei und mehrsprachig nutzbar sein.

Diese App ergänzt den Notruf – sie ersetzt ihn nicht. Sie schafft eine zusätzliche Möglichkeit, schneller, einfacher und gezielter Hilfe zu bekommen, insbesondere an großen Bahnhöfen und im Bahnverkehr.

2) Hilfe endet nicht am Bahnsteig: Sicherheit auch während der Zugfahrt

Viele gefährliche Situationen entstehen nicht nur am Bahnhof, sondern direkt im Zug. Enge Räume, lange Fahrzeiten und fehlende Ausweichmöglichkeiten machen Konflikte dort besonders sensibel.

Deshalb muss Sicherheit auch während der gesamten Fahrt funktionieren.

Ein zentraler Punkt ist dabei das Bahnpersonal. Jeder Zugbegleiter muss das Recht haben, gezielt und umfassend für solche Situationen geschult zu werden.

Zugpersonal muss lernen, Konflikte frühzeitig zu erkennen, richtig einzuschätzen und im Ernstfall sicher zu handeln. Dazu gehört ein sicheres Auftreten, klare Abläufe und die Fähigkeit, schnell Unterstützung zu organisieren.

Auch technische Mittel wie Bodycams können unterstützend wirken, etwa zur Dokumentation oder zur Abschreckung. Sie können helfen, Situationen zu entschärfen, ersetzen aber keine echte Hilfe im Ernstfall. Wenn ein Zugbegleiter bereits überwältigt oder verletzt ist, bringt ihm eine Kamera nichts. In solchen Situationen zählt nicht die Aufnahme, sondern die Fähigkeit zu handeln und Unterstützung zu bekommen.

Deshalb setzen wir klar auf Schulung, Vorbereitung und Handlungssicherheit für das Personal.

Zusätzlich braucht es funktionierende Hilferufmöglichkeiten während der Fahrt, klare Reaktionsketten zwischen Zugpersonal, Leitstellen und Polizei sowie diskrete Alarmoptionen für Betroffene. Sicherheit im Zug

bedeutet, dass Hilfe erreichbar ist und Personal vorbereitet ist.

3) Sichtbar, ansprechbar, rund um die Uhr: Sicherheit vor Ort

Technik allein reicht nicht aus. Sicherheit wird erst dann wirklich spürbar, wenn Hilfe sichtbar und ansprechbar ist.

Deshalb setzen wir auf mehr Sicherheitskräfte an großen Bahnhöfen – rund um die Uhr, sichtbare Ansprechpartner vor Ort, regelmäßige Streifen im gesamten Bereich und gezielte Präsenz an bekannten Problemorten.

Wo Präsenz ist, sinkt die Gewalt – und das Sicherheitsgefühl steigt.

4) Prävention statt Wegschauen: öffentliche Räume sicher gestalten

Sicherheit beginnt nicht erst beim Eingreifen, sondern bei der Umgebung.

Dunkle, unübersichtliche oder ungepflegte Bereiche werden schnell zu Problemzonen. Deshalb setzen wir auf bessere Beleuchtung, klare Strukturen und Orientierung, funktionierende Notrufmöglichkeiten sowie gezielte Maßnahmen an bekannten Hotspots.

Zusätzlich setzen wir auf Zusammenarbeit mit sozialen Einrichtungen, um Probleme früh zu erkennen und langfristig zu reduzieren. Öffentliche Räume müssen wieder übersichtlich, kontrolliert und sicher sein.

5) Sicherheit entsteht auch durch Stabilität im Land

Sicherheit im öffentlichen Raum hängt direkt mit der Lage im Land zusammen. Wenn das Leben komplizierter, unsicherer und teurer wird, entstehen Spannungen, die sich besonders dort zeigen, wo viele Menschen zusammenkommen.

Deshalb gehen wir die Ursachen gezielt an und sorgen dafür, dass sich grundlegende Verhältnisse im Land wieder stabilisieren.

Wir senken die Bürokratielast deutlich, stärken die Wirtschaft und schaffen Arbeitsplätze. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass sich Leistung wieder lohnt, Dinge bezahlbar werden und Menschen wieder eine klare Perspektive auf eine sichere Zukunft haben. Das schafft Vertrauen,

reduziert Unsicherheit im Alltag und gibt vielen Menschen wieder Halt.

Wenn der Druck im Alltag sinkt, wirkt sich das direkt auf den öffentlichen Raum aus. Weniger finanzielle Unsicherheit, mehr Stabilität und klare Perspektiven führen dazu, dass Konflikte seltener entstehen und eskalieren. Damit sinkt auch die Wahrscheinlichkeit von Diebstahl, Gewalt und anderen Straftaten.

Gleichzeitig setzen wir auf klare und verlässliche Regeln im Zusammenleben. Wer sich hier integriert, arbeitet und sich an die Regeln hält, gehört dazu, während diejenigen, die diese Regeln missachten, mit klaren Konsequenzen rechnen müssen. Dadurch entsteht ein System, das verständlich ist, akzeptiert wird und für Ordnung sorgt.

Diese Kombination aus wirtschaftlicher Stärke, klaren Regeln und einem handlungsfähigen Staat führt zu mehr Stabilität im Land insgesamt. Und genau diese Stabilität sorgt dafür, dass Spannungen im Alltag abnehmen und sich die Sicherheitslage im öffentlichen Raum spürbar verbessert.

Die TDN sorgt dafür, dass diese Stabilität wiederhergestellt wird – und damit Gewalt und Kriminalität auf öffentlichen Straßen, Plätzen und an Bahnhöfen spürbar zurückgehen.

Konsequent härtere Strafen bei besonders schweren Straftaten

Wir als TDN stehen für einen Rechtsstaat, der die **Menschenwürde**, die **körperliche Unversehrtheit**, die **Freiheit** und die **sexuelle Selbstbestimmung** jedes Menschen schützt. Deshalb fordern wir eine **konsequente Verschärfung der gesetzlichen Strafrahmen** bei besonders schweren Straftaten.

Dazu zählen für uns insbesondere **schwere Gewalt-, Sexual- und Missbrauchsdelikte**, **Menschenhandel**, **schwere Freiheitsberaubung** sowie Taten, die durch **besondere Grausamkeit**, **systematische Erniedrigung**, **Ausbeutung**, **Zwang** oder **schwerwiegenden Missbrauch** gekennzeichnet sind.

Für uns ist klar: Wer die **Würde**, **Freiheit** oder die **körperliche und seelische Integrität** eines Menschen in schwerster Weise verletzt, muss mit **spürbar härteren Konsequenzen** rechnen. Gerade bei Taten, die Opfer **dauerhaft traumatisieren**, **Lebenswege zerstören** und oft auch **Familien und Angehörige schwer belasten**, darf der Staat nicht wegsehen oder mit zu milden Strafen antworten. Menschen, die schwersten sexuellen, körperlichen oder seelischen Übergriffen ausgesetzt waren, müssen **bestmöglich geschützt** werden. Täter, die solches Leid verursachen, müssen eine **gerechte, klare und spürbare Strafe** erhalten.

Das Strafrecht muss in solchen Fällen **eindeutig, verlässlich und rechtsstaatlich klar** ausgestaltet sein. TDN fordert deshalb **gesetzlich klar geregelte und spürbar strengere Strafrahmen** für besonders schwere Delikte. Entscheidend ist dabei, dass die betroffenen Tatbestände **präzise benannt**, **rechtsstaatlich sauber ausgestaltet** und **verfassungsfest geregelt** werden.

Die Entscheidung im Einzelfall bleibt selbstverständlich beim unabhängigen Gericht. Aber der Gesetzgeber muss dort, wo besonders schwere Straftaten vorliegen, bewusst eine deutlich härtere Linie vorgeben. Nur so können Opfer wirksam geschützt, Täter angemessen bestraft und das Vertrauen in den Rechtsstaat gestärkt werden.

Wehrpflicht – Qualität statt Zwang

Deutschland muss wieder **wehrfähig** sein – modern, verlässlich und ohne Zwangssystem.

Deshalb führen wir eine **Wehrpflicht 2.0 als Wahlpflicht** ein. Das bedeutet: **Jeder muss einmal eine klare Entscheidung abgeben:**

„Machst du mit – ja oder nein?“

1) Entscheidungspflicht – Mitmachen freiwillig

Niemand wird automatisch eingezogen.

Aber jeder muss einmal verbindlich wählen: **Ja, ich mache mit** oder **Nein, ich mache nicht mit.**

2) Wer „Ja“ sagt: Ausbildung, Struktur, Vorteile

Wer mitmacht, geht in ein modernes Programm mit:

- guter Grundausbildung (klar begrenzt, sinnvoll aufgebaut)
- echten Qualifikationen (z.B. Erste Hilfe, Technik, IT, Logistik – je nach Bereich)
- fairer Bezahlung und klaren Perspektiven

3) Reserve: freiwillig – aber dann verbindlich

Nach der Ausbildung kann man **freiwillig** Reservist werden.

Wer unterschreibt, macht regelmäßige Übungen und ist im Ernstfall **planbar verfügbar.**

4) Einsatz: freiwillige, separate Entscheidung

Ganz wichtig: Niemand wird automatisch in einen Einsatz geschickt.

Ob jemand in einen Einsatz geht – besonders außerhalb Deutschlands – ist eine **separate, freiwillige Entscheidung.**

Wer das nicht will, bleibt im Bereich Heimatschutz / Schutz kritischer Infrastruktur / Katastrophenhilfe.

Kurz: Meinung ankreuzen = Pflicht. Mitmachen = freiwillig. Reserve = freiwillig. Einsatz = freiwillig.

Warum wir das so machen (einfach erklärt)

Deutschland kann sicherheitspolitisch nicht über **reine Masse** gehen – und es wäre auch strategisch dumm, das zu versuchen. Moderne Konflikte werden nicht dadurch entschieden, dass man „möglichst viele“ hat, sondern durch **Ausbildung, Technik, Führung, Logistik und Motivation**.

Ein neutrales Beispiel zur Ausgangslage:

China hat rund **1,4 Milliarden** Einwohner, Indien ebenfalls rund **1,4 Milliarden**. Deutschland hat rund **85 Millionen** Einwohner. Allein über diese Größenverhältnisse können sehr große Staaten viel leichter Personal mobilisieren als ein Land wie Deutschland. Das ist keine Wertung – das ist eine Realität der Ausgangslage.

Und es kommt noch etwas hinzu: In Staaten mit sehr zentraler Führung lässt sich Mobilisierung oft schneller „von oben“ durchsetzen – per Pflicht und Druck. Deutschland ist eine Demokratie. Das ist eine Stärke – aber unser System ist nicht darauf ausgelegt, Menschen in Massen „durchzuziehen“. Und genau so soll es auch sein.

Darum ist unser Weg ein anderer: **Qualität statt Masse**.

Wenn Deutschland versuchen würde, auf Masse zu gehen, hätte das eine simple Folge:

Du bekommst nicht automatisch mehr Stärke – du bekommst oft **weniger Qualität**.

Denn Masse heißt: mehr Menschen in kürzerer Zeit durch Ausbildung drücken. Das überlastet Ausbilder, Material und Strukturen – und am Ende fehlt Motivation in den Truppen. Am Ende stehen mehr Leute da, aber auf einem niedrigeren Level.

Und gegen Staaten, die allein über ihre Größe viel mehr Personal mobilisieren können, wäre das der falsche Wettbewerb. „Masse gegen Masse“ kannst du nicht gewinnen, wenn der andere schon rein zahlenmäßig mehr nachschieben kann. Dann bist du am Ende schlicht zahlenmäßig überrollt – während du gleichzeitig deine Qualität runtergezogen hast.

Genau deshalb setzen wir auf das, was Masse aushebeln kann:

Technologie, Ausbildung, Führung, Logistik und Moral.

Ein Qualitätsmodell kann überlegen sein, weil:

- **Moderne Technik braucht Können:** Wer Systeme wirklich beherrscht, ist wirksamer als viele ohne Tiefe.

- **Bessere Führung & Koordination:** Gute Entscheidungen zur richtigen Zeit schlagen unkoordinierte Masse.
- **Starke Logistik:** Wer Versorgung, Reparatur und Kommunikation im Griff hat, bleibt handlungsfähig.
- **Weniger Fehler, mehr Professionalität:** Qualität senkt Chaos und erhöht Einsatzfähigkeit.
- **Hohe Moral:** Freiwillige sind unter Druck stabiler, weil sie überzeugt dabei sind.

Kurz gesagt: Masse allein gewinnt nicht. Masse ohne Qualität und mit Zwang verliert oft. Für Deutschland wäre es falsch, unsere Stärke – Ausbildung, Technik und Motivation – für reine Zahlen aufzugeben.

Entscheidend ist, dass unser Land im Inneren stark ist. Mehr Sicherheit auf unseren Straßen, mehr Stabilität und ein echtes Gefühl von Zukunft für die Menschen müssen im Mittelpunkt stehen. Ein Staat, der im Alltag funktioniert, schafft Vertrauen und Zusammenhalt.

Dazu gehören: günstigere Preise, verlässliche Institutionen, weniger Bürokratie und der Abbau von Frust bei den Bürgerinnen und Bürgern. Ebenso wichtig sind eine sichere Energieversorgung und eine gut funktionierende Infrastruktur mit guten Straßen, Bahn und stabilem Internet.

Wenn der Staat den Menschen eine verlässliche Zukunft bietet und Probleme spürbar löst, wächst das Vertrauen. Mit Vertrauen wächst auch die Moral im Land. Menschen stehen hinter ihrem Staat, fühlen sich ernst genommen und sind eher bereit, Verantwortung zu übernehmen und sich freiwillig einzubringen.

Ein starkes Land entsteht von innen. Wenn die Demokratie funktioniert, wird sie zur größten Stärke: Sie schafft Zusammenhalt, Motivation und Überzeugung. Dadurch engagieren sich mehr Menschen freiwillig, auch für die Sicherheit des Landes. Mit guter Ausbildung, moderner Technik und hoher Motivation entsteht daraus ein starkes Militär, das auf Qualität setzt und wirkliche Stärke zeigt, um Freiheit und Sicherheit zu schützen.

Kurz: Abschreckung durch echte Fähigkeit – durch top ausgebildete, bestens ausgerüstete und gut versorgte Truppen, moderne Technik und ein ausgebautes, einsatzbereites Militär.

Bildung – Vereinheitlichen für faire Chancen

Heute entscheidet zu oft das Bundesland über Chancen – nicht allein die Leistung. Unterschiedliche Lehrpläne, Prüfungsniveaus und Notengebungen führen dazu, dass gleiche Leistungen unterschiedlich bewertet werden. Ein Abschluss aus Land A gilt als „strenger“, aus Land B als „weicher“ – dadurch bekommen Jugendliche mit demselben Schulabschluss ungleiche Startchancen. Das ist unfair und schwächt das Vertrauen in Noten und Abschlüsse.

Unser Ziel: ein vereinheitlichtes Schulsystem mit gleichen Standards, gleichen Prüfungen und gleicher Bewertung.

Kerninhalte und Abschlussprüfungen werden bundesweit harmonisiert, Korrekturen nach einheitlichen Kriterien vorgenommen; Abschlüsse haben überall die gleiche Aussagekraft. **So zählt die Leistung, nicht die Postleitzahl.**

Wichtig: Die Freiheiten vor Ort bleiben. Kommunen und Schulen behalten pädagogischen Spielraum (Profile, Projekte, Ganztag). **Entscheidend ist das Ergebnis: Die Standards sind überall gleich – wie man dieses Wissen vermittelt und den Weg dorthin gestaltet, kann vor Ort weiterhin frei und passend entschieden werden.**

Soziale Stärke statt Wegsehen. Jede Schule arbeitet mit einem verbindlichen Schutzkonzept gegen Mobbing – mit klaren Zuständigkeiten und festen Reaktionswegen. Wenn Unterricht ausfällt, ist grundsätzlich eine geschulte Vertretung da: nicht nur, um Stoff zu überbrücken, sondern um die Moral der Klasse zu stärken, Konflikte zu lösen und Lernruhe zu sichern. Schulsozialarbeit und Schulpsychologie werden sichtbar eingebunden; Ziel ist, Jugendliche in Respekt, Verantwortung und Teamfähigkeit zu stärken.

Streitschlichter & Schulsanitäter gehören an jede Schule. Diese Programme werden als fester Bestandteil des Alltags verankert und professionell begleitet – damit Konflikte früh fair gelöst werden und Hilfe sofort vor Ort ist.

Ein weiteres Problem ist die Umsetzung im Schulalltag: Schulen werden häufig mit neuen Aufgaben und Vorgaben konfrontiert, aber bei der Umsetzung allein gelassen. **Neue Anforderungen scheitern oft daran, dass Personal, Zeit und Unterstützung fehlen.** Das wollen wir ändern: **Was beschlossen wird, muss vor Ort auch umsetzbar sein** – mit klarer Unterstützung, realistischen Anforderungen und funktionierenden Strukturen. Schulen werden dabei gezielt durch zusätzliches Personal unterstützt, **insbesondere in IT und Verwaltung.** Gleichzeitig bleibt **klar geregelt, wer wofür verantwortlich ist,** damit Abläufe einfach bleiben und keine unnötige Unübersichtlichkeit entsteht.

Moderne Technik, sichere Schulen. Digitalisierung ist Pflicht, kein Bonus: stabiles WLAN, passende Endgeräte, funktionierende Lernplattformen und verlässlicher IT-Support gehören zur Grundausrüstung.

Gleichzeitig müssen Schulgebäude sicher und lernfreundlich sein: Brandschutz, klare Fluchtwege, gute Luft, gutes Licht und eine angenehme Akustik dürfen nicht vom Zufall abhängen – **keine willkürlichen Vorgaben, bei denen man sich fragt, wer sich das ausgedacht hat – sondern praxistaugliche Regeln mit echtem Nutzen und echter Sicherheit.**

Sichere Schulwege – schnell umgesetzt. Schulwege müssen sicher sein: gut beleuchtete Übergänge, sichere Querungen, sinnvolle Schulwegpläne und ausreichend Fahrradabstellanlagen. Das setzen wir gemeinsam mit den Kommunen zügig um – mit klaren Zuständigkeiten und festen Fristen, damit Maßnahmen nicht jahrelang liegen bleiben.

Handys: Schulautonomie mit Empfehlung. Grundsätzlich entscheidet jede Schule selbst – das ist ein wichtiger Teil der Schulautonomie. Unsere Empfehlung: Handys **nicht im Unterricht (außer zu Bildungszwecken)** und **nicht in langen Pausen**; wenn überhaupt, dann nur in sehr kurzen Toiletten-/Erholungspausen (z. B. zweimal täglich je 5 Minuten). Das senkt Ablenkung und Druck, reduziert Konflikte und schützt besser vor Cybermobbing sowie heimlichen Aufnahmen.

Deshalb fördern wir als TDN an jeder Schule verbindliche Programme zur Aufklärung über Gefahren im Internet. Regeln allein

reichen nicht – Kinder und Jugendliche müssen wissen, wie sie sich schützen und wie sie richtig reagieren. Dazu gehört ein breites Verständnis von Risiken: **Betrug und Fake-Nachrichten**, Beleidigungen und **Hass/Hetze**, Bedrohungen, Erpressung, Fake-Profile, Manipulation, problematische Challenges sowie der Umgang mit unangemessenen Inhalten und Kontaktaufnahmen.

Ein Schwerpunkt ist auch der verantwortungsvolle Umgang mit **Fotos, Videos und persönlichen Daten**. Jugendliche sollen verstehen, welche Folgen es haben kann, wenn man Bilder von sich postet oder verschickt – denn Inhalte können weitergeleitet, gespeichert oder missbraucht werden. Gleichzeitig lernen sie, Privatsphäre-Einstellungen zu nutzen, Grenzen zu respektieren und andere nicht zu filmen oder zu teilen.

Wichtig ist außerdem der Ernstfall: Was tun bei Cybermobbing, Drohungen oder Hetze? Wir sorgen dafür, dass Schulen klare Wege haben – **Ansprechpersonen, schnelle Hilfe, Dokumentation und Meldemöglichkeiten** – damit Betroffene nicht allein bleiben und Fälle konsequent bearbeitet werden.

Die verbindliche Regelung legt jede Schule vor Ort fest – ergänzt durch **Aufklärung, Prävention und konkrete Hilfe im Alltag**, damit digitale Sicherheit Teil der Schulkultur wird.

Schulen fördern – sanieren, ausstatten, Perspektiven schaffen

Viele Schulen sind heute marode. Kaputte Toiletten, überalterte Räume, ungepflegte Schulhöfe und fehlende Ausstattung gehören für zu viele Kinder und Jugendliche zum Alltag. Das ist nicht nur unangenehm – es behindert Lernen, senkt Motivation und zeigt, dass Bildung vielerorts nicht den Stellenwert bekommt, den sie verdient. **Deshalb braucht es deutlich mehr Förderungen und Investitionen in unsere Schulen – sichtbar, schnell und nachhaltig.**

Wir wollen, dass jede Schule die Mittel bekommt, um **Gebäude instand zu setzen, Ausstattung zu erneuern und den Alltag spürbar zu verbessern**. Dazu gehören **moderne, saubere Toiletten**, sichere und gepflegte Schulhöfe sowie Pausenbereiche, die wirklich nutzbar sind. Auch praktische Dinge müssen selbstverständlich werden: **mehr und bessere Fahrradabstellplätze**, wettergeschützt und ausreichend, damit der Schulweg mit dem Rad sicher und attraktiv ist.

Gleichzeitig braucht Schule eine Ausstattung, die funktioniert – und die richtigen Materialien für guten Unterricht. **Schulgeräte und Lernmittel müssen verfügbar, aktuell und zuverlässig sein:** von Klassenraumtechnik über Bücher und Arbeitsmaterialien bis zu Endgeräten dort, wo sie gebraucht werden – inklusive Wartung und Ersatz, statt Dauer-Provisorien.

Zudem müssen Schulen baulich so aufgestellt sein, dass Unterricht gut stattfinden kann: **funktionierende Heizungen, gute Beleuchtung, ruhige Räume und frische Luft** gehören zum Mindeststandard. Gleichzeitig braucht es genügend und passende Räume für die Fächer – also moderne **Bio-, Chemie- und Physikräume**, gut ausgestattete **Werkräume/Technikräume**, Musik- und Kunsträume sowie flexible Lernräume für Gruppenarbeit und Förderung. **Nur so wird Unterricht praxisnah, sicher und zeitgemäß.**

Ein besonderer Schwerpunkt ist der **Ausbau und die Sanierung von Sporthallen**. Sport ist Gesundheit, Teamgeist und Ausgleich – aber vielerorts fehlen Hallenzeiten, Gebäude sind in schlechtem Zustand oder ganze Sportflächen sind nicht nutzbar. **Wir modernisieren Sporthallen und schaffen neue Kapazitäten**, damit Schulen wieder verlässlich sportliche Angebote ermöglichen können

Damit Förderungen auch wirklich ankommen, machen wir den Zugang einfacher: **Schulen sollen Fördermittel leichter beantragen können** – mit klaren Voraussetzungen, einfacheren Antragswegen und schnelleren Entscheidungen. Die Umsetzung darf nicht erst Jahre später erfolgen, sondern muss **zügig, professionell und sicher umgesetzt werden.**

Kurz: Gleiche Leistung, gleiche Chance – überall in Deutschland. Freiheiten vor Ort bleiben. Sozial stark – mit klaren Mitteln gegen Mobbing, sicher organisiert und modern ausgestattet – inklusive verbindlicher Programme für digitalen Schutz und Aufklärung über Gefahren im Internet. Schulen werden spürbar saniert und gefördert: keine maroden Gebäude, sondern saubere Toiletten, sichere Schulhöfe, Sporthallen und passende Fachräume mit den richtigen Materialien. Und bei Sicherheit und Standards gilt: keine willkürlichen Vorgaben, bei denen man sich fragt, wer sich das ausgedacht hat – sondern praxistaugliche Regeln mit echtem Nutzen und echter Sicherheit.

Förderungen, Anträge und Investitionen werden so gestaltet, dass sie einfacher zu beantragen sind und die Fertigstellung nicht erst zehn Jahre später erfolgt, sondern zügig – bei gleicher Qualität und echter alltagsnaher Sicherheit. So wird Schule verlässlich gemacht.

Familie und Kitas – fair und verlässlich

Familien müssen sich im Alltag auf verlässliche Betreuung verlassen können. Es kann nicht sein, dass Eltern monatelang auf einen Kita-Platz warten, Arbeit und Familie kaum vereinbaren können oder am Ende an fehlenden Kapazitäten scheitern. **Familien brauchen Verlässlichkeit statt Wartelisten.** Für uns ist klar: Wer einen Betreuungsplatz braucht, muss auch einen bekommen. Gute Familienpolitik beginnt nicht mit Ankündigungen, sondern damit, dass Betreuung im Alltag tatsächlich vorhanden, bezahlbar und verlässlich ist.

Deshalb wollen wir den **Ausbau von Kitas konsequent vorantreiben.** Es braucht mehr Plätze, schnellere Planung, weniger unnötige Hürden und mehr Unterstützung dort, wo Betreuungsangebote fehlen. Familien dürfen nicht länger unter einem System leiden, das zu wenig Plätze bietet und dadurch den Alltag unnötig erschwert. Gute Betreuung beginnt damit, dass sie überhaupt erreichbar ist.

Gleichzeitig muss Betreuung **bezahlbar** bleiben. Gute Kinderbetreuung darf kein Luxus sein. Familien sollen durch Kita-Kosten nicht zusätzlich unter Druck geraten. Deshalb setzen wir uns für **kostengünstige Betreuung und eine stärkere Förderung** ein, damit Kitas für alle Familien erreichbar bleiben. Wer Kinder hat, darf nicht finanziell benachteiligt werden, nur weil verlässliche Betreuung gebraucht wird. **Bildung und Förderung dürfen von Anfang an kein Hindernis sein, sondern müssen für jedes Kind erreichbar bleiben.**

Ebenso wichtig sind die Menschen, die in Kitas arbeiten. Gute Betreuung gibt es nur mit gutem Personal. Deshalb brauchen wir **attraktive Gehälter, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Unterstützung für Erzieherinnen und Erzieher.** Wer jeden Tag Verantwortung für Kinder übernimmt, verdient Respekt, faire Bezahlung und Bedingungen, unter denen gute Arbeit überhaupt möglich ist.

Dazu gehört vor allem, den Arbeitsalltag in Kitas spürbar zu verbessern. Viele Beschäftigte arbeiten unter hohem Zeitdruck, mit zu wenig Personal und zu wenig Entlastung im Alltag. Das führt zu Stress, Überlastung und am Ende auch dazu, dass weniger Zeit für das einzelne Kind bleibt. Für uns ist klar: **Mehr Personal bedeutet bessere**

Betreuung. Wenn genügend Fachkräfte vorhanden sind, sinkt die Belastung für die Mitarbeiter, die Qualität steigt und Kinder bekommen mehr Aufmerksamkeit, Ruhe und Zuwendung. Genau das muss das Ziel sein.

Kinder brauchen nicht nur Betreuung, sondern **echte Begleitung in einer wichtigen Entwicklungsphase**. Deshalb ist uns wichtig, dass **Bildung, Entwicklung und Gesundheit schon im jungen Alter stärker gefördert werden**. Die ersten Lebensjahre sind entscheidend für den weiteren Weg eines Kindes. Frühkindliche Förderung darf deshalb nicht unterschätzt werden. Wer Kinder früh stärkt, gibt ihnen bessere Chancen, sich gut zu entwickeln, später in der Schule mitzuhalten und ihren eigenen Weg erfolgreich zu gehen.

Dazu gehört auch die **Gesundheit der Kinder**. Eine gute Entwicklung braucht nicht nur Zuwendung und Förderung, sondern auch die richtigen Grundlagen im Alltag. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Kinder früh Zugang zu **gutem, ausgewogenem und qualitativ hochwertigem Essen** haben. Ernährung ist kein Nebenthema, sondern ein wichtiger Teil gesunder Entwicklung. Gute Qualität beim Essen stärkt Kinder, unterstützt ihre Entwicklung und hilft dabei, von Anfang an bessere Voraussetzungen für den weiteren Lebensweg zu schaffen.

Dabei darf kein Kind übersehen werden. Wenn sich früh **individueller Förderbedarf, Defizite oder Entwicklungsrückstände** zeigen, muss gezielt unterstützt werden. Jedes Kind soll die Chance bekommen, die Förderung zu erhalten, die es braucht. Frühzeitige Unterstützung hilft nicht nur im Moment, sondern verbessert auch die späteren Chancen im Bildungsweg. Wer früh fördert, verhindert, dass Probleme später größer werden.

Für uns bedeutet gute Familienpolitik deshalb: **genügend Kita-Plätze, bezahlbare Betreuung, starke Fachkräfte, gesunde Entwicklung und frühe Förderung für jedes Kind**. Familien brauchen keine leeren Debatten, sondern Lösungen, die ihren Alltag wirklich besser machen. Kinder sollen von Anfang an gute Bedingungen haben, damit sie sicher, begleitet und mit echten Chancen aufwachsen können.

Was wir konkret wollen:

- **mehr Kita-Plätze schaffen und den Ausbau beschleunigen**

- **Betreuung bezahlbar und verlässlich machen**
- **Kommunen und Träger stärker unterstützen, damit neue Plätze schneller entstehen**
- **attraktive Gehälter und bessere Arbeitsbedingungen für Kita-Beschäftigte**
- **mehr Personal, damit Stress und Überlastung im Alltag spürbar sinken**
- **mehr Zeit, Ruhe und individuelle Zuwendung für jedes Kind**
- **frühe Bildung und Entwicklung stärker fördern**
- **Kinder mit individuellem Förderbedarf frühzeitig und gezielt unterstützen**
- **gesunde Ernährung und gute Qualität beim Essen in der frühen Betreuung stärken**

Gesellschaft & Freiheit – verstehen, respektieren, leben lassen

Wir wollen eine Partei sein, die jeder wählen kann – unabhängig davon, wie sich ein Mensch sieht, ob als Mann, Frau oder als divers . Denn am Ende geht es um etwas Grundsätzliches: Jeder Mensch soll frei entscheiden dürfen, wie er leben möchte. Diese Freiheit verdient Respekt.

Dabei bleibt unser Grundsatz klar:

Gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle.

Keine Vorteile, keine Nachteile – keine Sonderrechte aufgrund persönlicher Unterschiede, sondern Fairness und Gleichbehandlung für alle.

Nicht jeder sieht sich in allen gesellschaftlichen Entwicklungen wieder oder teilt jede Veränderung – das ist in einer freien Gesellschaft völlig normal. Menschen haben unterschiedliche Sichtweisen, Erfahrungen und Überzeugungen. Entscheidend ist nicht, dass alle gleich denken oder alles gut finden, sondern dass wir uns auf Augenhöhe begegnen und ein respektvolles Miteinander wahren.

Jeder Mensch hat das Recht, seinen eigenen Lebensweg zu gehen und persönliche Entscheidungen zu treffen. Diese Freiheit ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft und verdient Schutz. Gleichzeitig darf daraus kein Anspruch entstehen, sich über andere zu stellen oder eine besondere Stellung einzunehmen. Unabhängig davon, wie jemand lebt oder welche Entscheidungen er trifft, gilt für alle derselbe Maßstab: gleiche Rechte, gleiche Pflichten und ein respektvoller Umgang miteinander. Freiheit bedeutet nicht, dass alles automatisch Zustimmung finden muss. Es ist legitim, Dinge unterschiedlich zu sehen oder Entwicklungen kritisch zu betrachten. Dennoch bleibt die Grundlage klar: Niemand darf herabgesetzt oder benachteiligt werden, aber auch niemand steht über anderen. Eine funktionierende Gesellschaft lebt davon, dass Unterschiede akzeptiert werden, ohne dass daraus Ungleichgewicht oder Sonderstellung entsteht. Deshalb gilt: Man muss nicht alles gut finden oder genauso leben. Aber man sollte einander respektieren, Unterschiede aushalten und die Freiheit des anderen achten – auf Grundlage von Fairness, Gleichbehandlung und gemeinsamen Regeln für alle.

TDN im Bereich Sport – Unser Standpunkt

Wir als TDN stehen für Sport. Für uns ist Sport ein grundlegendes, menschliches Gut: etwas, das Menschen verbindet – unabhängig von Herkunft, Sprache, Religion oder Nationalität.

Sport sollte unabhängig von Kriegen, politischen Konflikten und Machtspielen einzelner Politiker stattfinden können. Denn am Ende trifft es sonst nicht „die Politik“, sondern die Bevölkerung – normale Menschen, die miteinander leben, spielen und sich begegnen wollen. Sport darf nicht dafür missbraucht werden, ganze Länder oder Gruppen pauschal auszuschließen. Er sollte nicht trennen, sondern verbinden.

Sport ist für uns ein Symbol für Gemeinschaft, Respekt und Frieden. Gerade im Sport merkt man, was wirklich zählt: Dass wir alle einfach Menschen sind. Unterschiede treten in den Hintergrund, und es wird sichtbar, dass wir gemeinsam spielen, uns begegnen und miteinander umgehen können – ohne Grenzen im Kopf.

Genauso wichtig ist: Sport darf nicht nur über Geld funktionieren. Sport soll für jeden zugänglich sein – bezahlbar und erreichbar, unabhängig vom Einkommen. Es kann nicht sein, dass nur Menschen mit viel Geld echte Möglichkeiten haben, aktiv zu sein, gut zu trainieren oder teilzunehmen. Sport ist kein Luxusprodukt, sondern sollte ein Standard sein, der allen offensteht – weil er uns alle verbindet und wichtig ist.

Außerdem lehnen wir Strukturen ab, in denen Sport von wenigen Einzelpersonen kontrolliert wird, die alles alleine entscheiden. Sport braucht Transparenz, Fairness und Regeln, die dem Sport und den Menschen dienen – nicht einzelnen Interessen.

Besonders wichtig ist uns der Ausbau des Sports an der Basis. Es braucht mehr und bessere Sportplätze, Hallen und Trainingsmöglichkeiten – gerade für Kinder und Jugendliche. Zu oft scheitert Sport nicht am Willen der Menschen, sondern an fehlenden Plätzen, hohen Kosten oder unnötiger Bürokratie.

Vereine müssen entlastet werden. Wer Sportangebote schafft, Jugendliche trainiert oder ehrenamtlich Verantwortung übernimmt, darf nicht durch komplizierte Anträge, lange Wartezeiten und übertriebene Vorschriften ausgebremst werden. Weniger Bürokratie bedeutet mehr

Zeit für das, worum es eigentlich geht: Sport, Gemeinschaft und Entwicklung.

Außerdem muss der Zugang für junge Menschen deutlich einfacher werden. Sport darf nicht davon abhängen, wie viel Geld eine Familie hat oder ob es im eigenen Umfeld passende Angebote gibt. Kinder und Jugendliche brauchen bezahlbare Mitgliedschaften, erreichbare Trainingsorte und echte Chancen, sich sportlich zu entfalten. Genau hier muss mehr investiert und gefördert werden.

Ebenso stehen wir klar gegen Korruption und den übermäßigen Einfluss von Politik im Sport. Sport darf kein Spielball politischer Interessen oder persönlicher Bereicherung sein. Entscheidungen im Sport sollten nicht von Macht, Geld oder strategischen Vorteilen geprägt sein, sondern von Fairness, Transparenz und dem Wohl der Menschen. Sport ist auch kein politischer Ort für Friedensnobelpreise.

Politik und Sport müssen dort getrennt bleiben, wo der Sport als verbindendes Element der Gesellschaft funktioniert. Denn genau hier zeigt sich, was Sport wirklich ist: ein Raum, in dem Herkunft, Status und Unterschiede in den Hintergrund treten. Ein Raum, in dem sichtbar wird, dass wir alle zusammengehören.

Sport soll insgesamt stärker gefördert werden, denn Sport stärkt Gesundheit, Zusammenhalt und gegenseitigen Respekt – und verbindet uns als Menschen, unabhängig davon, woher wir kommen.

Wohnen – bezahlbar, planbar, möglich

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Trotzdem wird es für immer mehr Menschen in Deutschland zur Belastung. Mieten sind vielerorts zu hoch, Baukosten steigen, Genehmigungen dauern zu lange – und am Ende fehlt bezahlbarer Wohnraum. Das betrifft Familien, Alleinstehende, junge Menschen, Auszubildende, Studierende, Arbeitnehmer und ältere Menschen gleichermaßen. Wer arbeitet, lernt, eine Familie gründet oder im Alter zur Ruhe kommen möchte, muss sich Wohnen wieder leisten können.

Für uns ist klar: Das Problem wird nicht durch immer neue Vorschriften gelöst, die das Bauen teurer, langsamer und komplizierter machen. Wenn Genehmigungen sich endlos ziehen, Zuständigkeiten unklar sind und Bauherren mit immer neuen Auflagen belastet werden, entsteht nicht mehr Wohnraum – sondern weniger. Wer so plant, baut zu spät, zu teuer oder gar nicht. Genau das werden wir ändern.

Wir setzen auf ein funktionierendes Bauen, einfachere Verfahren und klare Regeln mit Augenmaß. Bauanträge müssen zügig bearbeitet werden, Zuständigkeiten eindeutig sein und unnötige Doppelprüfungen wegfallen. Vorschriften, die Kosten hochtreiben, ohne einen echten Nutzen zu bringen, gehören auf den Prüfstand. Unser Ziel ist ein Staat, der Wohnraum möglich macht – statt ihn auszubremsen.

Dabei gilt: Mehr Wohnraum entsteht nur, wenn wieder mehr gebaut wird. Deshalb verbessern wir die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau gezielt – durch verlässliche Verfahren, weniger Hürden und klare Abläufe. Standardisierte Verfahren können ebenfalls helfen, kostengünstiger zu bauen, wenn sie sinnvoll eingesetzt werden. Gleichzeitig muss genügend Raum für individuelle Gestaltung bleiben.

Gleichzeitig ist klar: Wo Wohnraum knapp ist, dürfen Menschen nicht schutzlos überzogenen Mieten ausgeliefert sein. Bezahlbares Wohnen muss wieder für alle möglich werden. Wer eine Wohnung sucht, darf nicht das Gefühl haben, gegen einen Markt ohne Grenzen anzukämpfen. Deshalb braucht es dort, wo der Wohnungsmarkt nachweislich angespannt ist, wirksamen Schutz vor überzogenen Mieten – und gleichzeitig Fairness für Vermieter. Ebenso braucht es mehr Neubau, damit das Angebot wieder wächst und sich der Markt

langfristig entspannt.

Besonders wichtig ist uns, dass jeder wieder eine reale Chance auf bezahlbaren Wohnraum hat – unabhängig von Alter oder Lebenssituation. Es darf nicht sein, dass junge Menschen keinen Start ins Leben finden, Familien keinen passenden Wohnraum bekommen oder ältere Menschen sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können. Wohnen darf kein Luxus sein, sondern muss ein sicherer Bestandteil eines normalen Lebens bleiben.

Was wir konkret wollen:

- schnellere Baugenehmigungen mit klaren Fristen
- klare Zuständigkeiten statt Behörden-Pingpong
- weniger unnötige Bauvorgaben, Doppelprüfungen und praxisferne Pflichten
- Vorschriften abbauen, die an der Realität der Menschen vorbeigehen
- einfachere und effizientere Bauweisen dort, wo sie sinnvoll sind
- mehr bezahlbaren Wohnraum für alle
- mehr Wohnraum für Familien, junge Menschen, Auszubildende, Studierende, Arbeitnehmer und ältere Menschen
- Schutz vor überzogenen Mieten in angespannten Wohnungsmärkten und gleichzeitig faire Bedingungen für Vermieter
- Eigentum wieder erreichbar machen für Menschen, die sich etwas aufbauen wollen

Unser Grundsatz ist einfach: Mehr bauen, besser planen, unnötige Hürden abbauen und bezahlbares Wohnen wieder möglich machen.

Denn Wohnen entscheidet darüber, wie Menschen leben können – ob sie sich eine Zukunft aufbauen, eine Familie gründen oder im Alter sicher wohnen können. Wenn Wohnen unbezahlbar wird, gerät das Gleichgewicht im Alltag verloren. Genau deshalb machen wir Wohnen wieder bezahlbar, planbar und möglich.

Bürokratieabbau – verständlich, effizient, praxistauglich

Bürokratieabbau ist für uns kein Modewort, sondern eine Frage von Respekt: Respekt vor der Zeit der Menschen, vor der Leistung unserer Unternehmen und vor dem Geld der Steuerzahler.

In vielen Bereichen unseres Programms setzen wir bereits auf Entlastung – weniger Formulare, weniger Doppelprüfungen, weniger Papierkrieg. Doch wir sagen klar: Bürokratieabbau muss im Alltag spürbar werden – dort, wo Regeln heute oft an der Realität vorbeigehen und das Leben unnötig kompliziert machen.

Denn was erleben Bürgerinnen und Bürger täglich? Vorschriften, die niemand logisch erklären kann. Verfahren, die sich unnötig in die Länge ziehen. Zuständigkeiten, die unklar sind.

Da gibt es Regeln, bei denen eine Tiefkühlpizza nach 22 Uhr nicht mehr verkauft werden darf – obwohl sie weder mehr Lärm verursacht noch ein größeres Risiko darstellt als eine Minute vorher. Wird dieselbe Pizza aufgebacken und warm verkauft, ist es oft erlaubt.

Und das ist kein Einzelfall – solche Situationen erleben Bürgerinnen und Bürger jeden Tag, in unzähligen Varianten und in ganz unterschiedlichen Bereichen des Alltags. Mal sind es kleine Dinge, die unnötig kompliziert werden, mal sind es größere Vorgänge, die sich über Monate oder Jahre ziehen. Viele kennen das aus eigener Erfahrung – wir auch.

Solche Regeln schützen nicht – sie frustrieren.

Sie vermitteln das Gefühl, dass der Staat sich selbst verwaltet, aber den Alltag der Menschen nicht mehr versteht.

Und genau das ist das Problem: Es geht nicht um einzelne absurde Vorschriften – es geht um ein System, das über Jahre immer komplexer geworden ist.

Deutschland hat heute eine Vielzahl an Vorschriften, die sich über Jahrzehnte aufgebaut haben. Neue Regeln kommen hinzu, alte bleiben bestehen. Gleichzeitig sind Zuständigkeiten auf Bund, Länder und Kommunen verteilt – oft ohne klare Verantwortung. Das führt zu Doppelprüfungen, Verzögerungen und einem System, in dem

Entscheidungen zu lange dauern oder gar nicht getroffen werden.

Besonders deutlich wird das beim Bauen und bei Infrastruktur: Projekte brauchen oft Jahre bis zur Genehmigung. In dieser Zeit steigen Kosten, Chancen gehen verloren und notwendige Entwicklungen werden ausgebremst. Während andere Länder vergleichbare Vorhaben deutlich schneller umsetzen, blockieren wir uns oft selbst durch zu komplexe Verfahren.

Auch im Alltag zeigt sich das Problem immer wieder:

Bürgerinnen und Bürger werden von Stelle zu Stelle geschickt, müssen dieselben Angaben mehrfach machen – und warten trotzdem auf Entscheidungen. Für Betriebe bedeutet das zusätzliche Kosten, weniger Investitionen und Unsicherheit.

Für uns gilt deshalb ein klarer Grundsatz:

Regeln müssen den Menschen dienen – nicht umgekehrt. Jede Vorschrift braucht einen nachvollziehbaren Zweck. Was keinen klaren Nutzen hat oder Prozesse unnötig erschwert, gehört vereinfacht oder abgeschafft.

Darum wollen wir Bürokratie grundlegend neu ordnen:

- Schnellere und einfachere Verfahren, sodass langwierige und komplizierte Abläufe der Vergangenheit angehören.
- Klare Zuständigkeiten statt mehrfacher Prüfungen – Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen müssen eindeutig geregelt sein, insbesondere in Verwaltung und Finanzierung.
- Standardverfahren werden vereinfacht und ausgeweitet, sodass möglichst viele Fälle schnell, klar und einheitlich bearbeitet werden können – Einzelfallentscheidungen bleiben dort bestehen, wo sie notwendig sind.
- Bestehende Vorschriften werden regelmäßig überprüft und vereinfacht – was keinen klaren Nutzen hat, wird abgeschafft.
- Anträge und Verfahren werden deutlich vereinfacht und alltagsnah gestaltet.
- Klare und einheitliche Abläufe zwischen Behörden – doppelte Abfragen und widersprüchliche Anforderungen werden beendet.

Ein funktionierender Staat bedeutet auch: Planungs- und Genehmigungsverfahren, insbesondere im Bereich Bauen und Infrastruktur, müssen deutlich beschleunigt werden. Lange Verfahrenszeiten führen zu steigenden Kosten, verzögern notwendige Projekte und bremsen wirtschaftliche Entwicklung.

Ziel ist ein Staat, der klar strukturiert ist, Verfahren vereinfacht, Entscheidungen zügig trifft und Ressourcen effizient einsetzt. Denn unnötige Bürokratie verursacht zusätzliche Kosten – und am Ende werden diese von den Bürgerinnen und Bürgern getragen, die täglich arbeiten und Steuern zahlen. Das ist eine Frage des Respekts.

Bund, Länder, Kommunen: Aufgaben und Finanzierung neu ordnen

Die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist heute in vielen Bereichen unklar und schwer nachvollziehbar. Es fehlt an eindeutigen Zuständigkeiten. Mal ist der Bund verantwortlich, mal die Länder, mal die Kommunen – und oft sind mehrere Ebenen gleichzeitig beteiligt. Dadurch verschwimmt die Verantwortung: Es ist nicht klar, wer entscheidet, wer steuert und wer am Ende die Folgen trägt. Dieses System führt zu unnötiger Komplexität, verzögerten Entscheidungen und einem Verlust an Transparenz.

Besonders deutlich wird dieses Problem bei der Finanzierung staatlicher Aufgaben. Durch die sogenannte Mischfinanzierung beteiligen sich häufig mehrere Ebenen gleichzeitig an der Finanzierung von Projekten. Doch es ist oft nicht klar geregelt, wer welchen Anteil übernimmt und wer langfristig für die Kosten verantwortlich ist. Es entstehen komplizierte Finanzstrukturen und Umwegfinanzierungen, bei denen Mittel über verschiedene Ebenen verteilt werden. Dadurch wird es schwierig, Geldflüsse nachzuvollziehen und gezielt einzusetzen.

Für die Kommunen hat dieses System erhebliche Folgen. Sie sind häufig für die konkrete Umsetzung politischer Maßnahmen zuständig, haben jedoch nur begrenzten Einfluss auf deren Ausgestaltung. Förderprogramme unterstützen Projekte oft nur zu Beginn, während die langfristigen Folgekosten bei den Kommunen verbleiben. Dazu zählen laufende Ausgaben für Personal, Betrieb und Instandhaltung.

Besonders kleinere und finanzschwache Kommunen stehen dadurch unter erheblichem Druck. Sie müssen zusätzliche Aufgaben erfüllen und gleichzeitig langfristige Kosten tragen, ohne über ausreichende finanzielle Mittel zu verfügen. Dadurch geraten kommunale Haushalte stark unter Belastung. In vielen Fällen fehlt dann das Geld für zentrale und notwendige Aufgaben vor Ort, etwa für Infrastruktur, Bildung oder soziale Angebote. Die finanzielle Situation wird dadurch zunehmend schwieriger und schränkt die Handlungsfähigkeit dieser Kommunen erheblich ein.

Auch der bürokratische Aufwand wird durch dieses System erhöht.

Komplexe Förderverfahren und unklare Zuständigkeiten binden Ressourcen und verlangsamen notwendige Entscheidungen.

Wir setzen uns daher für eine grundlegende Neuordnung der Aufgaben- und Finanzverteilung ein. Unser Ziel sind klare Zuständigkeiten, bei denen eindeutig geregelt ist, welche staatliche Ebene für welche Aufgabe verantwortlich ist. Ebenso muss die Finanzierung diesen Zuständigkeiten klar und nachvollziehbar folgen.

Gleichzeitig wollen wir die Kommunen stärken, indem wir ihnen verlässlichere und planbare finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Förderstrukturen müssen so gestaltet werden, dass auch kleinere und finanzschwache Kommunen fair entlastet werden und ihre Aufgaben langfristig erfüllen können.

Ein handlungsfähiger Staat braucht klare Strukturen, transparente Finanzierung und starke Kommunen. Dafür setzen wir uns ein.

Unabhängige Prüf- und Bewertungsstelle – Steuergeld schützen, sinnlose Projekte stoppen

In Deutschland kommt es bei öffentlichen Projekten immer wieder vor, dass Steuergeld ineffizient eingesetzt wird. Projekte werden schlecht geplant, Kosten steigen stark an, Zeitpläne werden nicht eingehalten und der tatsächliche Nutzen bleibt oft unklar. Am Ende entstehen teure Fehlentwicklungen, während für wichtige Aufgaben vor Ort das Geld fehlt.

Wir wollen das ändern: Nicht erst im Nachhinein Probleme erklären, sondern früh erkennen, wenn Projekte aus dem Ruder laufen oder am Bedarf vorbeigehen.

Dafür schaffen wir eine unabhängige Prüf- und Bewertungsstelle für öffentliche Projekte. Sie arbeitet mit bestehenden Unterlagen, läuft parallel zum Projekt und sorgt für mehr Transparenz – ohne zusätzliche Bürokratie oder neue Genehmigungshürden.

Dabei ist uns eines besonders wichtig: **Alles, was dem Wohl der Bürger dient, soll umgesetzt werden. Sinnvolle Projekte werden nicht gebremst, nicht verzögert und nicht in Frage gestellt – auch dann nicht, wenn sie teurer werden, solange ihr Nutzen klar erkennbar ist.**

Die Stelle wird nur in Ausnahmefällen aktiv – nämlich dann, wenn Projekte offensichtlich keinen Mehrwert für die Menschen bringen. Es geht ausdrücklich nicht um normale Kostensteigerungen oder kleinere Änderungen, sondern um echte Fehlentwicklungen.

Das betrifft insbesondere Vorhaben, die faktisch niemandem nützen – wie etwa Brücken im Nirgendwo ohne Straßenanschluss, die am Ende jahrzehntelang ungenutzt stehen.

In solchen Fällen werden die Probleme klar benannt und öffentlich gemacht. Die verantwortlichen Stellen müssen erklären, warum ein Projekt weitergeführt wird oder was konkret geändert wird.

Wichtig ist: Die Stelle entscheidet nicht selbst über das Stoppen von Projekten. Sie ordnet ein, macht Fehlentwicklungen sichtbar und gibt Empfehlungen. Entscheidungen bleiben bei den zuständigen Stellen und erfolgen innerhalb klarer Fristen.

So entsteht ein System, das gezielt dort eingreift, wo es wirklich notwendig ist: bei offensichtlichen Fehlplanungen und echter

Verschwendung. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass sinnvolle Projekte nicht behindert werden. Bei wiederholter Ignoranz oder unbegründetem Weiterführen eines Projekts wird eine unabhängige Überprüfung einberufen. Wird diese eingeleitet, müssen die verantwortlichen Stellen Stellung nehmen. Innerhalb kurzer Zeit – in der Regel innerhalb von ein bis zwei Wochen – setzen sich die verantwortlichen Stellen gemeinsam mit der unabhängigen Prüfstelle zusammen und entscheiden, wie das Projekt weitergeführt wird: ob angepasst, fortgesetzt oder beendet. Während dieser Klärung können Ausgaben vorübergehend begrenzt werden, jedoch nur für den Zeitraum bis zur Entscheidung. Diese Phase wird bewusst kurz gehalten, da sinnvolle Projekte nicht behindert werden sollen. So wird verhindert, dass Projekte unnötig blockiert werden oder über lange Zeit stillstehen.

Unser Grundsatz ist klar: Steuergeld ist hart erarbeitetes Geld der Bürger. Es muss geschützt und sinnvoll eingesetzt werden – nicht verschwendet. Jeder Euro muss dort ankommen, wo er den Menschen tatsächlich nutzt, ihre Lebensqualität verbessert und konkrete Probleme löst. Öffentliche Mittel sind kein Spielraum für Fehlplanung oder Prestigeprojekte, sondern eine Verantwortung gegenüber den Bürgern.

Digitaler Euro – mögliches Plus, aber Bargeld muss bleiben

Der digitale Euro kann den Alltag in vielen Bereichen **vereinfachen**: schneller zahlen, weniger Reibung, moderne Bezahlungsmöglichkeiten – das kann sinnvoll sein. Wir sind deshalb **nicht grundsätzlich dagegen**, dass er eingeführt wird.

Aber für uns gilt eine klare Bedingung:

Bargeld darf niemals abgeschafft oder schleichend verdrängt werden.

Denn Bargeld ist mehr als „altmodisch“. Bargeld bedeutet **Freiheit, Unabhängigkeit und Alltagssicherheit**:

- Du kannst zahlen, auch wenn Technik ausfällt.
- Du bist nicht gezwungen, immer ein Konto oder ein System zu nutzen.
- Du hast eine echte Alternative, wenn digitale Wege gestört, gesperrt oder zu teuer werden.

Warum wir da so klar sind

Wir sehen, dass in Europa immer wieder Vorschläge diskutiert werden, die **Kontrolle und Identifizierung** im digitalen Raum ausweiten – z.B. Debatten über „Chatkontrolle“ (Scannen von Inhalten) oder über verpflichtende Alters-/ID-Checks im Internet. Das wird oft mit „guten Zwecken“ begründet – technisch bedeutet es aber: Es werden mehr Kontrollmöglichkeiten aufgebaut.

Wenn am Ende alles nur noch digital läuft und Bargeld aus weiteren Ursachen verdrängt wird, kann in Kombination mit Chatkontrollen und verpflichtender Identifizierung eine sehr problematische Mischung entstehen, die tief in Persönlichkeitsrechte eingreift und Privatsphäre praktisch aushöhlt.

Und genau deshalb ist Bargeld so wichtig:

Wenn am Ende **alles** nur noch digital geht, wird Kontrolle nicht nur leichter – sie wird überhaupt erst **zum einzigen Zahlungsweg**. Dann

kann aus „bequem“ sehr schnell „abhängig“ werden.

Was das konkret heißen kann (als Risiko – nicht als Unterstellung)

Wenn Bargeld verdrängt wird und Zahlungen zentral digital laufen, **kann** das systemisch Dinge ermöglichen, die wir ablehnen:

- **Zahlungsprofile:** Aus Zahlungen können Muster entstehen (was, wie oft, wo, wann).
- **Sperren/Einfrieren:** Konten/Wallets können technisch sehr schnell eingeschränkt werden – im Alltag wäre man dann sofort blockiert.
- **Programmierbarkeit/Regeln:** Es könnte möglich werden, Geld an Bedingungen zu knüpfen (wofür/wo/wann nutzbar).
- **Monopol-/Gebührenrisiko:** Wenn Bargeld als Alternative weg ist, können digitale Gebühren später wieder steigen – weil man keine Ausweichmöglichkeit mehr hat.

Unser Punkt ist nicht „Panik“, sondern Logik:

Je weniger Möglichkeiten ein Bürger hat, desto stärker wird er abhängig von Systemen, Regeln und Gebühren.

Unsere klare Linie: Digitaler Euro nur mit Schutzplanken

Wenn ein digitaler Euro kommt, dann nur unter klaren Bedingungen, die Freiheit und Alltagssicherheit schützen:

1. Bargeld bleibt dauerhaft abgesichert

Bargeld muss rechtlich und praktisch verfügbar bleiben – nicht nur „theoretisch“. Dazu gehört auch: Bargeldversorgung und Bargeldannahme in der Grundversorgung.

2. Der digitale Euro ist eine Option – kein Zwang

Keine Verdrängung von Bargeld durch Gebühren, Einschränkungen oder indirekten Druck.

3. Keine Programmierbarkeit im Alltag

Kein „Geld nur dafür / nur dort / nur dann“. Der digitale Euro darf nicht zu einem steuerbaren Instrument werden.

4. **Datenschutz als Standard**

Datensparsamkeit muss die Grundeinstellung sein: so wenig Daten wie möglich, so viel Privatsphäre wie nötig.

5. **Sperren nur rechtsstaatlich, nicht nach Belieben**

Wenn es Eingriffe gibt, dann nur mit klaren Regeln, transparenter Begründung und rechtssicherem Verfahren – nicht einfach „auf Knopfdruck“.

6. **Transparenz und unabhängige Kontrolle**

Klare Berichte und Kontrolle, damit Vertrauen nicht verlangt, sondern verdient wird.

Fazit

Der digitale Euro kann vieles vereinfachen. Aber Freiheit bedeutet, **dass Bargeld als grundlegende Zahlungsmöglichkeit erhalten bleiben muss.**

Wir sagen deshalb: **Digital ja – aber nicht um den Preis von Abhängigkeit, Überwachung oder Steuerbarkeit.**

Bargeld bleibt. Und nur dann kann ein digitaler Euro überhaupt sinnvoll sein.

Gesetzgebung reformieren: verständlich, wirksam, bürgernah

Viele Bürgerinnen und Bürger erleben den Staat heute als unnötig kompliziert. Gesetze sind oft unübersichtlich, schwer verständlich und mit aufwendigen Nachweisen sowie Dokumentationspflichten verbunden. Was eigentlich Orientierung geben soll, führt in der Praxis zu Frust, Unsicherheit und zusätzlichem Aufwand – im Alltag, im Beruf und im Umgang mit Behörden.

Ein zentrales Problem ist dabei die Menge und Komplexität der Regelungen. Es gibt zu viele Gesetze, die zugleich immer komplizierter werden. Statt klarer und nachvollziehbarer Regeln entsteht ein System, das selbst für Fachleute kaum noch vollständig zu überblicken ist. Es braucht daher weniger Gesetze, die dafür qualitativ hochwertig, verständlich aufgebaut, in sich schlüssig und umfassend durchdacht sind – Regelungen, die die relevanten Sachverhalte vollständig abdecken und gleichzeitig überschaubar bleiben.

Bei der Gesetzesentstehung zeigen sich die strukturellen Probleme besonders deutlich. Viele Gesetze entstehen unter erheblichem Zeitdruck, werden kurzfristig verändert und erreichen die zuständigen Behörden und Fachstellen oft zu spät. Dadurch bleibt für eine gründliche inhaltliche Prüfung häufig nicht genügend Zeit. Statt einer sorgfältigen Bewertung erfolgt vielfach nur eine oberflächliche oder formale Prüfung. Gleichzeitig ist das System der Prüfungen selbst inzwischen zu komplex und unübersichtlich geworden. Es gibt zahlreiche einzelne Prüfverfahren und Anforderungen, die nicht ausreichend aufeinander abgestimmt sind und im engen Zeitrahmen kaum noch sinnvoll durchgeführt werden können. Statt die Qualität der Gesetzgebung zu sichern, entsteht zusätzlicher Aufwand ohne echten Überblick. Prüfungen greifen nicht ineinander, wichtige Aspekte gehen unter, und Fehler werden nicht rechtzeitig erkannt. Auf diese Weise entstehen Gesetze mit Lücken, Widersprüchen und unnötiger Komplexität, die den Alltag nicht erleichtern, sondern zusätzlich erschweren und eine funktionierende Umsetzung behindern – auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

Ein weiteres Problem liegt in der unzureichenden Einbindung und

Koordination der beteiligten Stellen. Behörden und Fachstellen erhalten häufig zu spät Zugang zu Gesetzentwürfen, Prozesse sind unübersichtlich organisiert und Änderungen erfolgen kurzfristig. Dadurch können viele Prüfungen nicht sinnvoll ineinandergreifen. Es entsteht kein klar gesteuertes Verfahren, sondern ein Nebeneinander von Einzelprüfungen, bei dem Rückmeldungen nicht systematisch zusammengeführt werden. So fehlt der notwendige Gesamtüberblick, und Probleme werden oft erst erkannt, wenn Gesetze bereits in Kraft sind.

Die bestehenden Abläufe müssen deshalb klar, effizient und verlässlich organisiert werden. Es braucht ein einheitliches Verfahren, in dem alle relevanten Stellen frühzeitig eingebunden sind, gleichzeitig arbeiten können und ihre Rückmeldungen strukturiert zusammengeführt werden. Behörden und Fachstellen benötigen einen einfachen und rechtzeitigen Zugang zu Gesetzentwürfen, klare Fristen und nachvollziehbare Abläufe, damit ihre Arbeit effektiv erfolgen kann.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem Abbau unnötiger Bürokratie. Viele Bürger, Unternehmen und auch die Verwaltung selbst sind verpflichtet, Daten zu dokumentieren, Nachweise zu führen oder Unterlagen über lange Zeiträume aufzubewahren, obwohl diese in der Praxis kaum genutzt werden. Solche Pflichten müssen konsequent hinterfragt werden. Wo sie keinen klaren Nutzen haben, sind sie zu reduzieren oder abzuschaffen. Gleichzeitig muss die notwendige Sicherheit und Nachvollziehbarkeit erhalten bleiben – jedoch ohne unnötige Komplexität und ohne überflüssigen Aufwand. Ziel ist es, bestehendes Wirrwarr abzubauen und durch klare, sinnvolle Regelungen zu ersetzen.

Zugleich muss die Gesetzgebung konsequent an der Praxis ausgerichtet werden. Gesetze müssen verständlich formuliert, logisch aufgebaut und im Alltag umsetzbar sein. Zuständigkeiten müssen klar geregelt sein, Verfahren einfach und nachvollziehbar gestaltet werden. Der Vollzug ist von Anfang an mitzudenken, damit Gesetze nicht erst im Nachhinein zum Problem werden.

Ein funktionierender Staat braucht keine immer neuen Vorschriften, sondern Gesetze, die verständlich sind, ineinandergreifen und in der Praxis tatsächlich wirken.

Landwirtschaft – Weniger Bürokratie, mehr Respekt

In Deutschland sind viele Landwirte am Limit. Sie stehen früh auf, arbeiten bei Hitze, Regen und Stress – **damit wir jeden Tag Essen auf dem Tisch haben**. Und trotzdem erleben viele: **zu wenig Einkommen, ständiger Preisdruck, steigende Kosten, Wetterextreme** – und obendrauf kommen Vorschriften und Formulare, die viel Zeit fressen und in der Praxis oft kaum umsetzbar sind.

Immer mehr Höfe geraten in finanzielle Not, rutschen in die Insolvenz oder müssen aufgeben. Viele arbeiten an der Belastungsgrenze – und der Druck trifft am Ende ganze Familien. Wenn immer mehr Betriebe verschwinden, verlieren wir regionale Versorgung, Tierhaltung, Landschaftspflege und Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Was wirklich gebraucht wird – und was wir ändern

1) Weniger Bürokratie, mehr Zeit für die eigentliche Arbeit

Wir machen Verfahren einfacher – so, dass sie auf dem Hof funktionieren:

- eine klare Anlaufstelle statt Zuständigkeits-Wirrwarr
- kurze, verständliche Formulare mit Checklisten
- Anträge unkompliziert möglich – online oder persönlich, ohne Hürden
- Eingangsbestätigung und einfacher Status per Telefon/SMS/E-Mail
- Hilfe beim Ausfüllen – telefonisch oder vor Ort

2) Neue Regeln nur, wenn sie in der Praxis funktionieren

Bevor etwas beschlossen wird: **Praxis-Check**.

Zeitaufwand, Kosten, Umsetzbarkeit, Übergangsfristen – erst prüfen, dann entscheiden. Keine Doppelmeldungen, keine Vorschriften „am Hof vorbei“.

3) Sicherheit und Tierwohl: ja – aber machbar

Standards bleiben. Aber mit **klaren Vorgaben, Beratung und realistischen Fristen**, damit Umsetzung möglich ist statt

Bürokratiefalle.

4) Faire Bedingungen statt Dauer-Druck

Wer Lebensmittel produziert, braucht **Planungssicherheit**: verlässliche Rahmenbedingungen, weniger Risiko im Alltag – und Wertschätzung, die sich auch wirtschaftlich spürbar macht.

5) Wenn Krisen kommen: Hilfe muss schnell ankommen

Bei Dürre, Unwetter, Tierseuchen oder Preisschocks:

- schnelle, unbürokratische Liquiditätshilfe
- Rücklagen ermöglichen, damit gute Jahre schlechte abfedern
- freiwillige Absicherung gegen mehrere Risiken mit staatlicher Unterstützung
- Beratung vor Ort, damit Hilfen wirklich passen

**Kurz: Wir geben der Landwirtschaft wieder Luft zum Atmen:
Papierkram runter, Verlässlichkeit rauf – und faire Bedingungen für
faire Lebensmittelpreise und eine faire Bezahlung derer, die uns
täglich versorgen.**

Energie – der gesunde Mix

Unsere Linie ist klar: Der größte Teil unserer Energieversorgung soll aus **erneuerbaren Energien** kommen. Wind- und Solarenergie bleiben für uns die zentrale Grundlage einer modernen Energiepolitik. Damit das dauerhaft funktioniert, muss Energie aber zugleich **bezahlbar, stabil und planbar** sein – für Bürgerinnen und Bürger genauso wie für Unternehmen.

Wir lehnen deshalb eine **einseitige Energiepolitik** ab, die nur auf eine Lösung setzt. Wenn ein Energiesystem zu stark von einzelnen Energieformen abhängt, entstehen neue Risiken: stärkere Preisschwankungen, höhere Störanfälligkeit und am Ende steigende Belastungen für Haushalte und Betriebe. Genau das wollen wir vermeiden.

Wir wollen den Ausbau erneuerbarer Energien **entschlossen**, aber **mit Vernunft**. Klimaschutz darf nicht bedeuten, dass immer mehr Flächen verloren gehen oder Wälder und Lebensräume von Tieren unter Druck geraten. Deshalb setzen wir auf klare Regeln, bessere Planung und Lösungen, die Konflikte vor Ort reduzieren – damit Natur, Landschaft und Akzeptanz geschützt bleiben.

Damit Erneuerbare im Alltag zuverlässig wirken, braucht es die passende Infrastruktur: **Netzausbau, Speicherlösungen** und eine bessere Abstimmung im System. So kann Strom gespeichert, besser verteilt und auch dann sicher bereitgestellt werden, wenn Wind und Sonne schwächer sind. Das erhöht die Versorgungssicherheit, stabilisiert langfristig die Preise und stärkt unsere Unabhängigkeit von teuren Importen.

Genauso klar ist: **Kernkraft ist für uns nicht der normale Weg**. Eine Rückkehr zu einer großflächigen Kernenergiepolitik lehnen wir ab. Erneuerbare bleiben unser Schwerpunkt und der zentrale Investitionsbereich. Kernenergie kommt höchstens als **letzte Option** in Betracht – nur dann, wenn sie wirklich gebraucht wird, wenn Sicherheit und Kosten transparent und unabhängig geprüft sind, und **nur mit einer klaren Mehrheit in der Bevölkerung**. Ohne gesellschaftliche Zustimmung wird nichts umgesetzt.

Am Ende geht es um ein einfaches Ziel: eine Energiepolitik, die das Leben von Unternehmerinnen und Unternehmern sowie von Bürgerinnen und Bürgern spürbar erleichtert – durch bezahlbare Preise, verlässliche Versorgung und klare Regeln. Eine Energiepolitik, die ein gesundes Verhältnis zwischen Umwelt und Wirtschaft schafft, damit Wohlstand, Investitionen und Fairness dauerhaft gesichert sind.

Europäische Union – Ja, aber mit klaren Grenzen

Die TDN steht zur Europäischen Union, weil sie uns konkrete und spürbare Vorteile bringt: freies Reisen, Arbeiten und Studieren, ein großer Binnenmarkt ohne Zölle, gemeinsame Standards, anerkannte Abschlüsse und stabile Lieferketten. Diese Errungenschaften sind eine zentrale Grundlage für wirtschaftliche Stärke und Wohlstand in Deutschland – und genau das wollen wir erhalten.

Gleichzeitig gilt: Die Europäische Union muss wieder praktischer, bürgernäher und übersichtlicher werden. Europa soll dort entschlossen handeln, wo gemeinsames Vorgehen echten Mehrwert schafft – und sich dort zurücknehmen, wo es unnötig in den Alltag eingreift oder Aufgaben übernimmt, die besser auf nationaler Ebene gelöst werden können.

1) Solidarität ja – aber mit klarer Priorität für das eigene Land

Deutschland soll in Europa ein starker und verlässlicher Partner bleiben. Diese Stärke beginnt im eigenen Land. Nur ein Staat, der im Inneren stabil, leistungsfähig und gut organisiert ist, kann nach außen dauerhaft Verantwortung übernehmen.

Deshalb setzen wir klare Prioritäten: Wir wollen mehr finanzielle Mittel gezielt im eigenen Land einsetzen – für Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Sicherheit und eine moderne, funktionierende Verwaltung. Diese Bereiche sind entscheidend dafür, dass Deutschland wieder leistungsfähig, stabil und zukunftsfähig wird.

Darum bleibt Deutschland solidarisch innerhalb der EU – aber nicht grenzenlos. Wir werden unsere EU-Geberausgaben konsequent überprüfen und spürbar reduzieren, insbesondere dort, wo Mittel ineffizient eingesetzt werden, Doppelstrukturen entstehen oder Projekte keinen klar nachvollziehbaren Nutzen für die eigenen Bürger haben.

Konkret heißt das: Weniger Geld für Programme ohne messbare Wirkung, weniger Finanzierung von Strukturen, die sich überschneiden oder unnötig aufgebläht sind, und weniger Mittel für Projekte, die keinen direkten oder erkennbaren Mehrwert für Deutschland bringen. Gleichzeitig werden wir die freiwerdenden Mittel bewusst im eigenen Land einsetzen, um bestehende Defizite zu beheben und staatliche Kernaufgaben wieder zuverlässig zu erfüllen.

Unser Grundsatz ist klar: Öffentliche Mittel müssen zuerst dort wirken, wo sie unmittelbar gebraucht werden – bei den eigenen Bürgern. Ein starkes Deutschland im Inneren ist die Voraussetzung dafür, auch in

Europa langfristig ein stabiler, verlässlicher und handlungsfähiger Partner zu sein.

Europäische Projekte in anderen Mitgliedstaaten können sinnvoll sein – aber nicht alles kann und darf allein Deutschlands Aufgabe sein. Es ist wichtig, mehr in unser eigenes Land zu investieren, um unsere Stärke im Inneren auszubauen und dadurch ein noch verlässlicherer Partner für unsere europäischen Partner zu werden.

2) Entscheidungen nah am Bürger (Subsidiarität – einfach erklärt)

Nicht alles muss aus Brüssel geregelt werden. Viele Dinge funktionieren besser, wenn sie vor Ort entschieden werden – dort, wo Menschen die Realität kennen: Kommunen, Länder und der Bund.

Die EU soll sich auf das konzentrieren, was wirklich gemeinsam Sinn macht: Binnenmarkt, Handel, gemeinsame Standards, faire Wettbewerbsregeln und grenzüberschreitende Sicherheit.

Alles, was direkt in den Alltag eingreift oder regional sehr unterschiedlich ist, soll so nah wie möglich am Bürger entschieden werden – damit Regeln praxistauglich bleiben und nicht an der Realität vorbeigehen.

3) Freiheit und Privatsphäre schützen

Europa muss frei bleiben. Wir lehnen Entwicklungen ab, die Bürger im Alltag unnötig identifizierbar machen oder private Kommunikation faktisch aufweichen. Grundrechte, Datenschutz und starke Verschlüsselung sind Kern europäischer Werte – und dürfen nicht schleichend ausgehöhlt werden.

4) Schengen sichern, Außengrenzen schützen

Freies Reisen bleibt. Damit Schengen dauerhaft funktioniert, brauchen wir funktionierende Außengrenzen, klare Zuständigkeiten und schnelle, faire Verfahren. Wenn Außengrenzen nicht funktionieren, entsteht Druck im Inneren – das muss verhindert werden.

5) Weniger Bürokratie, mehr Wettbewerbsfähigkeit

EU-Regeln müssen einfacher werden: weniger Doppelprüfungen, klare Fristen, praxistaugliche Vorgaben – besonders für kleine und mittlere Unternehmen. Europa darf Wirtschaft nicht lähmen, sondern muss sie handlungsfähig machen.

6) Transparenz und Nachvollziehbarkeit

Große EU-Entscheidungen müssen verständlich und nachvollziehbar

sein: klare Ziele, klare Zuständigkeiten, klare Wirkung. Bürger müssen sehen können, was beschlossen wurde, was es kostet und was es bringt.

7) Europa auf der Welt: enger zusammenarbeiten, schneller handeln, mehr Gewicht haben

Wenn Europa international ernst genommen werden will, müssen wir enger und vor allem effizienter zusammenarbeiten – wirtschaftlich, diplomatisch und sicherheitspolitisch. Einzelne Staaten stoßen dabei schnell an ihre Grenzen. Gemeinsam haben wir die Möglichkeit, unsere Interessen wirksamer zu vertreten und unsere Bürger besser zu schützen.

Entscheidend ist dabei auch die Geschwindigkeit: Europa muss in der Lage sein, schneller und geschlossener auf internationale Krisen, wirtschaftliche Entwicklungen und sicherheitspolitische Herausforderungen zu reagieren. Das funktioniert nur durch bessere Abstimmung, klarere Zuständigkeiten und eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten.

Nur wenn Europa handlungsfähig und reaktionsschnell ist, kann es weltweit Einfluss nehmen, seine Werte vertreten und die Sicherheit sowie den Wohlstand seiner Bürger langfristig sichern.

Kurz gesagt: Wir stehen zur EU, weil sie echten Nutzen bringt. Gleichzeitig setzen wir klare Prioritäten: zuerst mehr in unser Land investieren, um durch Stabilität im Inneren langfristig ein stärkerer und verlässlicherer Partner für Europa zu sein; weniger Bürokratie, mehr Transparenz und den Schutz der Freiheit – und in den großen Fragen enger, schneller und abgestimmter zusammenarbeiten, damit Europa auch in kritischen globalen Situationen zügig und konsequent reagieren kann und international ernst genommen wird.

Außenpolitik – Frieden sichern, Interessen vertreten, Deutschland und Europa handlungsfähig machen

Deutschland braucht eine Außenpolitik, die nicht aus Schlagzeilen besteht, sondern aus Strategie. Unser Ziel ist klar: Frieden sichern, Deutschland und Europa handlungsfähig halten und dafür sorgen, dass wir international wieder ernst genommen werden – nicht durch Lautstärke, sondern durch Klarheit.

1) Unser Grundprinzip: überall reden, wo es geht – nicht um Freunde zu werden, sondern um ein Verhältnis ohne Krieg

Unser Prinzip ist einfach: **Wir probieren überall zu reden, wo es möglich ist.** Nicht, um aus Gegnern Freunde zu machen. Nicht, um Probleme schönzureden. Sondern weil am Ende eines zählt: **ein Verhältnis ohne Krieg ist immer besser als Krieg.**

Wer versteht, was Krieg bedeutet, weiß: Das ist nicht „Politik“. Das sind Tote, zerstörte Städte, traumatisierte Familien, verlorene Lebenszeit – und am Ende zahlt immer die Bevölkerung. Deshalb ist Diplomatie nicht „weich“, sondern vernünftig. Reden heißt nicht nachgeben – reden heißt, Eskalationen zu verhindern, Kanäle offen zu halten und überhaupt einen Weg zu haben, wie man wieder rauskommt.

2) Was gerade schief läuft: Wettrüsten, Machtblöcke – und wir reagieren zu oft statt zu führen

Wir sehen gerade Entwicklungen, die gefährlich wirken: **ein Klima wie ein neues Wettrüsten**, immer mehr Druck zwischen Machtblöcken, immer mehr globale Unruhe. Große Mächte setzen ihre Interessen hart durch – und die Welt wird dadurch instabiler.

Und währenddessen entsteht bei vielen der Eindruck: Wir sind zwar betroffen, aber wir handeln zu selten aus einer eigenen, klaren Linie heraus. Zu oft wirkt es so, als würde man **einfach mitlaufen**, statt selbst strategisch zu führen. Genau das ist gefährlich: Wer nur reagiert, wird am Ende gesteuert.

Unsere Position ist deshalb: Deutschland und Europa müssen außenpolitisch erwachsen auftreten – mit eigener Haltung, eigenen Prioritäten und eigener Verantwortung.

3) Europa als Kraft: enger zusammenarbeiten – klarer, schneller, durchsetzungsfähiger

Deutschland steht zur EU, weil Europa nur gemeinsam Gewicht hat. Aber dieses Gewicht entsteht nicht durch Papier und Pressekonferenzen, sondern durch **klare Entscheidungen** und die Fähigkeit, sie auch umzusetzen.

Wir wollen eine europäische Außenpolitik, die:

- **klarer** spricht (statt schwammig zu bleiben),
- **schneller** handelt (statt erst zu verzögern),
- und **durchsetzungsfähig** ist (statt sich alles gefallen zu lassen).

Und genauso gilt: **Deutschland** darf nicht erst reagieren, wenn es zu spät ist. Deutschland darf auch nicht so auftreten, als wäre es nur für Geld zuständig, aber nicht für Strategie. Wer ernst genommen werden will, muss klar auftreten, Prioritäten setzen und verlässlich handeln.

4) Russland/Ukraine: klare Grenzen – und trotzdem Diplomatie als Ziel

Der Krieg in der Ukraine hat Europa in eine gefährliche Lage gebracht. Für uns gilt: **Völkerrecht zählt. Grenzen dürfen nicht mit Gewalt verschoben werden.** Gleichzeitig braucht Politik mehr als Empörung – sie braucht Strategie.

Das bedeutet:

- **Keine Illusionen** über Machtpolitik und Aggression.
- **Klarheit in Prinzipien:** Recht, Souveränität, Sicherheit Europas.
- Gleichzeitig: **Diplomatische Kanäle müssen offen bleiben**, weil jeder Krieg irgendwann nur auf zwei Arten endet: entweder durch völlige Zerstörung oder durch Verhandlungen. Unser Ziel ist, dass der Weg zurück zu Stabilität möglich bleibt – ohne Selbstbetrug, aber auch ohne Dauer-Eskalation als Standardzustand.

5) Beziehungen zu Partnern: Zusammenarbeit ja – aber ohne blinde Gefolgschaft

Gute Beziehungen zu Partnern – auch zu den USA – sind wichtig. Aber Partnerschaft heißt: **Deutschland und Europa vertreten eigene**

Interessen. Wir wollen keine Unterordnung, sondern Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Und wir sagen auch klar: Wir lehnen eine Politik ab, die Konflikte durch aggressive Außenpolitik weiter anheizt oder ständig eskalieren lässt. Wenn irgendwo Druck aufgebaut wird, wenn Drohkulissen entstehen oder wenn politische Entscheidungen in Richtung Konfrontation kippen, dann muss Deutschland nicht lauter werden – sondern klüger: **deeskalieren, reden, Interessen sichern – und sich dort, wo es nötig ist, auch konsequent durchsetzen.**

Genauso gilt: Wenn Maßnahmen von Partnern sichtbar werden, die rechtsstaatliche Standards, Verhältnismäßigkeit oder Bürgerrechte berühren, muss Deutschland das ansprechen – respektvoll, aber eindeutig. Freundschaft bedeutet nicht Schweigen. Freundschaft bedeutet, ehrlich zu bleiben.

6) Selbstbestimmung respektieren – Entscheidungen gehören den Menschen vor Ort

Ein Grundprinzip ist für uns Selbstbestimmung: Wenn Regionen oder Völker über ihre Zukunft entscheiden, muss das demokratisch, friedlich und rechtlich sauber möglich sein. Entscheidungen dürfen nicht von außen erzwungen werden – **maßgeblich ist der Wille der Menschen vor Ort.**

7) Außenwirtschaft: eigene Stärke aufbauen, statt abhängig zu werden

Außenpolitik ist auch wirtschaftliche Realität. Ein Land, das bei Energie, Rohstoffen, Schlüsseltechnologien oder kritischer Infrastruktur zu abhängig ist, kann leichter unter Druck gesetzt werden – politisch und wirtschaftlich.

Darum setzen wir auf einen klaren Kurs: **eigene Stärke aufbauen, breiter aufstellen, Risiken reduzieren.** Zusammenarbeit bleibt wichtig – aber so, dass Deutschland und Europa im Ernstfall nicht „festhängen“, sondern handlungsfähig bleiben.

Das heißt konkret: mehr eigene Kapazitäten und mehr Resilienz statt bloßer Abhängigkeit. Schlüsselbereiche dürfen nicht einfach ausgelagert werden, bis wir im Krisenfall ohne Alternativen dastehen. Wer ernst genommen werden will, muss nicht alles allein machen – aber er muss **im Kern selbst tragen können**, was für Stabilität und Sicherheit entscheidend ist. Das ist keine Abschottung, sondern gesunder Selbstschutz und langfristige Stärke.

8) Internationale Hilfe: humanitär ja – aber nicht der Geldgeber der Welt

Deutschland wird bei echten humanitären Fällen helfen – das gehört zu unserer Verantwortung. Aber Hilfe muss **gezielt, wirksam und kontrolliert** sein. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, dass Deutschland automatisch der Zahler ist, während andere entscheiden.

Darum gilt: **Hilfe ja – aber mit klaren Bedingungen, Transparenz und messbarer Wirkung.**

Und genauso wichtig: Deutschland muss zuerst innen stark sein, damit wir außen überhaupt ernst genommen werden. Wer sich innen schwächt und außen nur zahlt, verliert Einfluss.

Fazit

Unsere Außenpolitik ist realistisch und menschlich zugleich: **Überall reden, wo es möglich ist – nicht um Freunde zu werden, sondern weil ein Verhältnis ohne Krieg immer besser ist.** Weil wir wissen, wie Krieg wirklich aussieht und wie grausam er ist.

Gleichzeitig gilt: Deutschland und Europa müssen eigenständig auftreten – klarer, schneller und durchsetzungsfähiger, statt schwammig zu bleiben oder einfach hinterherzulaufen. Und Deutschland darf dabei nicht nur als Geldgeber auftreten, sondern muss wieder als strategischer, verlässlicher Partner wahrgenommen werden: mit Haltung, mit Prioritäten – und mit der Fähigkeit, eigene Interessen notfalls auch konsequent durchzusetzen.

Neustart-Paket gegen Obdachlosigkeit – einmal alles für einen echten Neuanfang

Ein Leben auf der Straße bedeutet mehr als nur fehlenden Wohnraum. Es bedeutet Unsicherheit, Ausgrenzung und oft den Verlust jeder Perspektive. Viele Menschen geraten in einen Kreislauf, aus dem sie aus eigener Kraft kaum noch herausfinden.

Diese Situation betrifft nicht nur die Betroffenen selbst. Obdachlosigkeit belastet auch Städte und Gemeinden, führt zu steigenden Kosten im Sozial- und Gesundheitssystem und sorgt für Probleme im öffentlichen Raum. Gleichzeitig bleiben viele Arbeitsplätze unbesetzt.

Das ist weder sozial gerecht noch wirtschaftlich sinnvoll.

Wir wollen das ändern – konsequent, strukturiert und wirksam.

Unser Ansatz ist klar: **Wer bereit ist, sein Leben zu stabilisieren, bekommt einmal eine echte, umfassende Chance. Kein dauerhaftes Verwalten, sondern ein gezielter Neustart. Einmal alles.**

Ein strukturierter Neustart – schnell und aus einer Hand

Menschen ohne festen Wohnsitz, die aktuell keine realistische Möglichkeit haben, sich selbst zu stabilisieren, erhalten Zugang zu einem einmaligen Neustart-Programm.

Der Einstieg ist bewusst einfach:

- kurze Einschätzung der Situation
- freiwillige Teilnahme
- danach wird alles Weitere organisiert

Niemand muss sich durch ein kompliziertes System kämpfen. Der Neustart wird zentral umgesetzt – schnell, direkt und ohne unnötige Hürden.

Klare Voraussetzung: Stabilität vor Neustart

Ein nachhaltiger Neustart braucht eine gewisse Stabilität. Deshalb gilt ein klarer Rahmen:

- Wer bereits stabil ist, kann direkt starten
- Wer noch nicht stabil ist, beginnt mit einem Entzugs- oder Stabilisierungsprogramm

- Danach folgt das Neustart-Paket

So stellen wir sicher, dass Hilfe wirklich wirkt – und nicht ins Leere läuft.

Das Neustart-Paket: einmal alles, was wirklich notwendig ist

Nach Aufnahme in das Programm wird der Neustart konkret umgesetzt:

- ein **Startbudget von 500 Euro**
- eine **feste Ansprechperson**, die alles organisiert

Diese Ansprechperson kümmert sich gemeinsam mit der betroffenen Person um alles, was für den Neustart notwendig ist:

- grundlegende Versorgung und Hygiene
- ein sicherer Übergangs-Wohnort
- Klärung von Identität und Dokumenten
- Struktur im Alltag

Das Startbudget wird von der festen Ansprechperson verwaltet und gezielt nach den Bedürfnissen eingesetzt, um schnell wieder einen stabilen und geordneten Zustand zu erreichen – einmal alles, was für den Neustart notwendig ist.

Zurück in Arbeit – gemeinsam den nächsten Schritt gehen

Ein stabiles Leben braucht Perspektive – und die entsteht durch Arbeit.

Die Ansprechperson kümmert sich deshalb auch darum, gemeinsam mit der betroffenen Person einen passenden Job zu finden.

Dabei wird geschaut:

- was möglich ist
- was die Person kann
- was realistisch erreichbar ist

Es wird konkret geholfen:

- passende Arbeit finden
- Bewerbungen organisieren
- Einstieg vorbereiten

Ziel ist eine **dauerhafte Beschäftigung**, die eigenes Geld, Struktur und Zukunft bringt.

Verbindlichkeit und Eigenverantwortung

Das Programm folgt einem klaren Prinzip: **Unterstützung gegen Mitwirkung.**

Teilnehmende verpflichten sich:

- aktiv mitzuarbeiten
- Vereinbarungen einzuhalten
- den Neustart ernsthaft zu verfolgen

So entsteht eine echte Chance – und kein System ohne Ergebnis.

Warum sich das für alle lohnt

Dieses Neustart-Paket ist kein abstraktes Konzept – es wirkt direkt im Alltag der Menschen.

Es ist ein klares Prinzip: **Wir helfen gezielt – und alle gewinnen.**

Der Staat sorgt dafür, dass Menschen wieder stabil werden, wieder Struktur haben und wieder auf eigenen Beinen stehen. **Menschen können sich wieder wohlfühlen, wieder ankommen und sich eine neue Zukunft aufbauen.**

Und genau das verändert mehr, als man denkt.

Mehr Sicherheit auf unseren Straßen

Wenn Menschen wieder Perspektive, Einkommen und Halt haben, sinkt das Risiko für Beschaffungskriminalität deutlich. Das bedeutet weniger Unsicherheit und ein ruhigeres, sicheres Umfeld für alle.

Ein besseres Gefühl im Alltag

Weniger extreme Notlagen im öffentlichen Raum bedeuten mehr Ordnung und Ruhe – die Menschen können sich in ihren Städten wieder wohler fühlen.

Wir schaffen echte Zukunft statt Stillstand

Menschen bekommen nicht nur Hilfe, sondern eine echte Perspektive: Arbeit, Struktur und die Möglichkeit, ihr Leben selbst wieder aufzubauen.

Aus Hilfe wird Stärke für das ganze Land

Wer arbeitet, verdient eigenes Geld, zahlt Steuern und Sozialabgaben – dadurch entstehen auch wieder Einnahmen für den Staat. Aus einer einmaligen Investition wird langfristig wirtschaftliche Leistung.

Das Geld wirkt direkt vor Ort

Die Unterstützung fließt unmittelbar in reale Ausgaben wie Kleidung, Hygiene und Dienstleistungen.

Aktive Bekämpfung von Arbeitslosigkeit

Menschen werden gezielt zurück in Arbeit gebracht. Statt dauerhaft ohne Perspektive zu bleiben, entstehen wieder Beschäftigung, Eigenständigkeit und ein funktionierender Alltag.

Mehr Wohlstand und Stabilität

Wenn Menschen wieder arbeiten und eigenständig leben, entsteht mehr Ordnung, mehr Zusammenhalt und ein stabileres Land insgesamt.

Abschluss:

Wir als TDN finden: Jeder kann aus unterschiedlichen Gründen einmal im Leben in eine schwierige Lage geraten.

Aber ein Land wie Deutschland muss für seine Bürgerinnen und Bürger fair da sein. Hilfe muss greifen, wenn sie gebraucht wird.

Denn nur gemeinsam können wir nach außen stark sein – als Gesellschaft, als Staat und als Land.